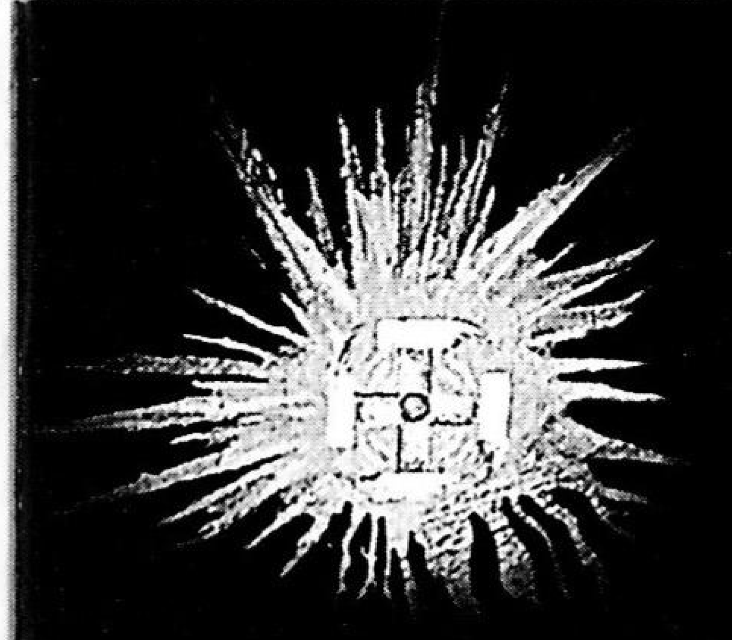
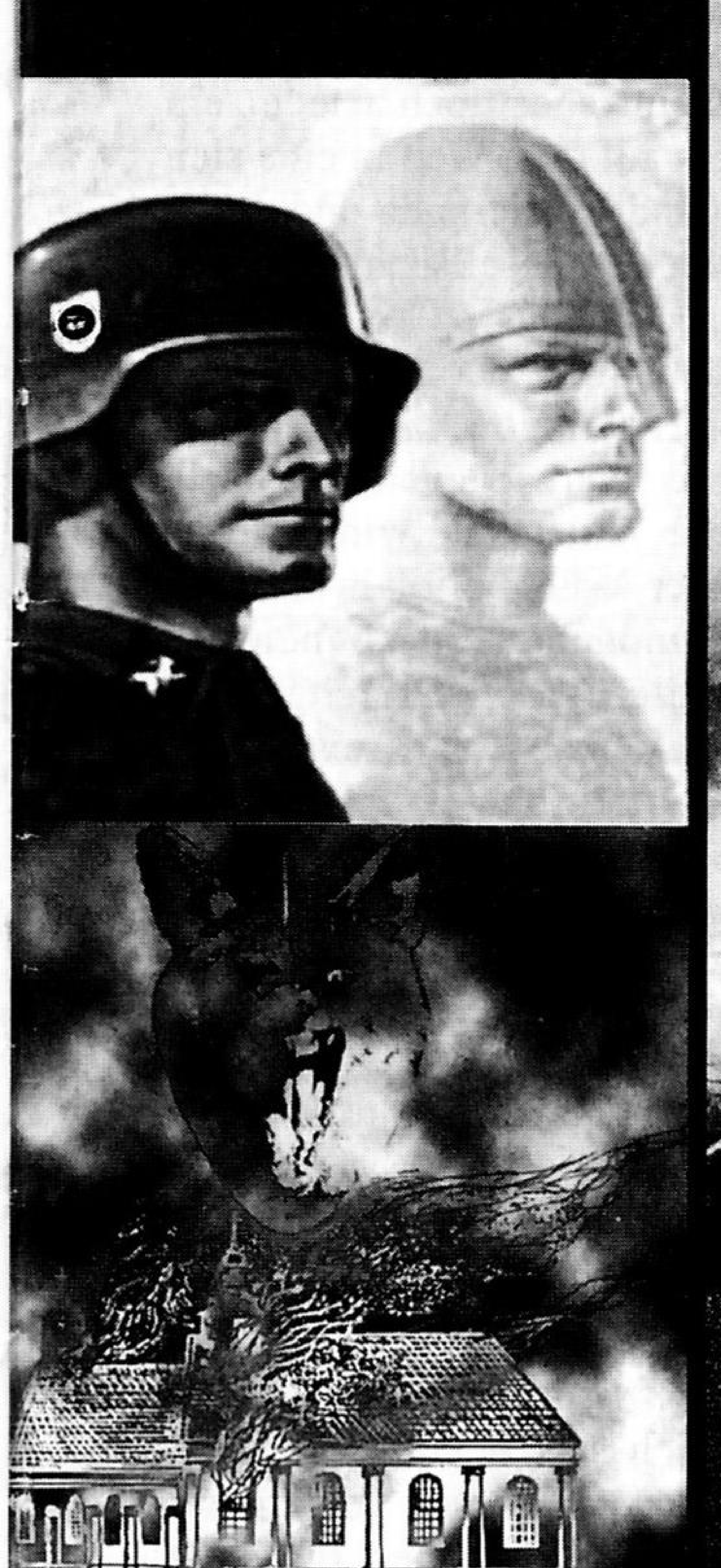
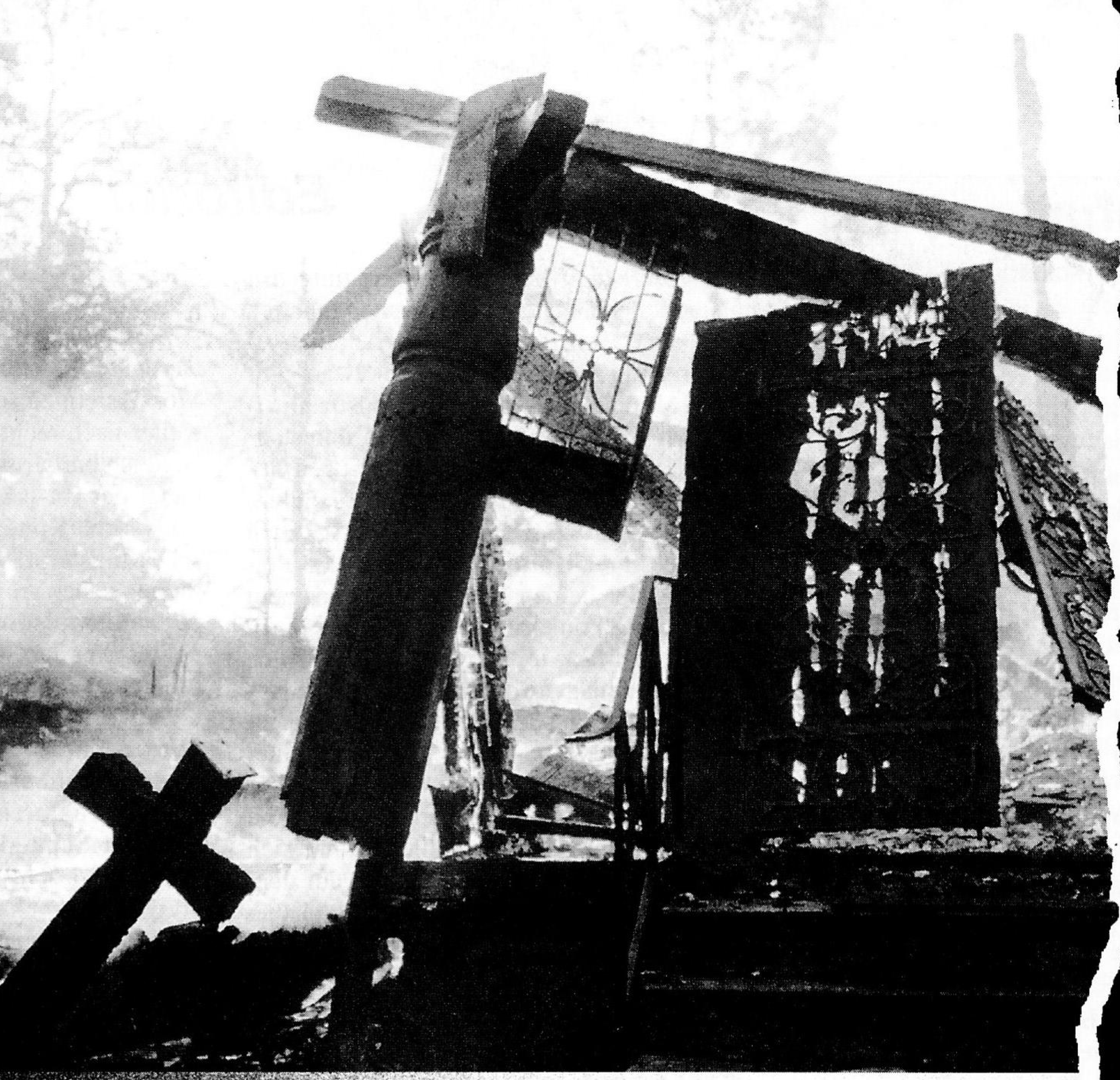
H 8040 F
Nummer 60
Sept./Okt. 99
3,- Mark

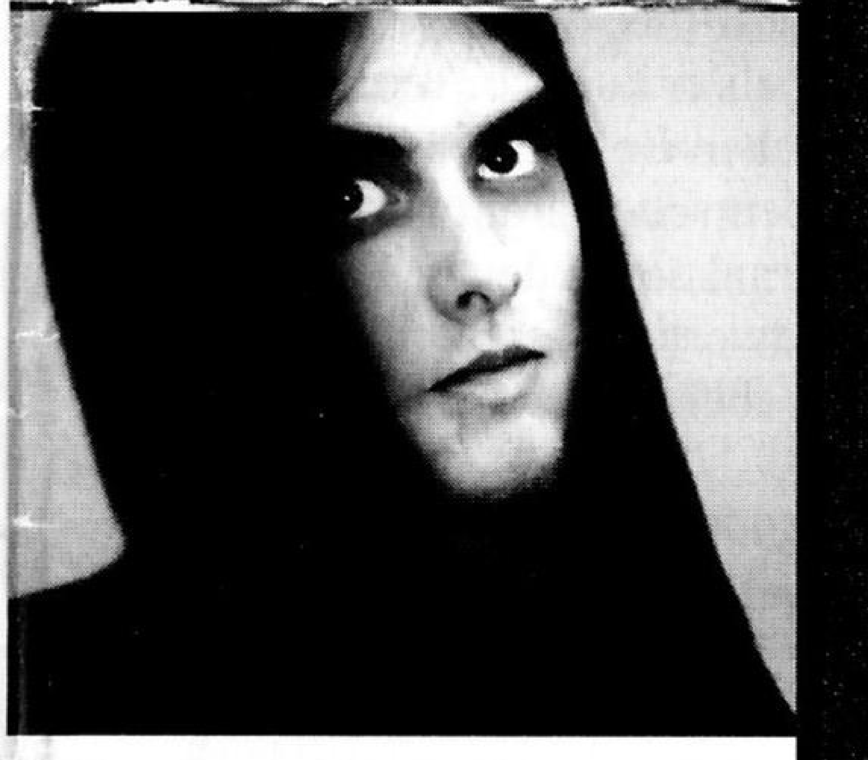
DER RECHTE RAND

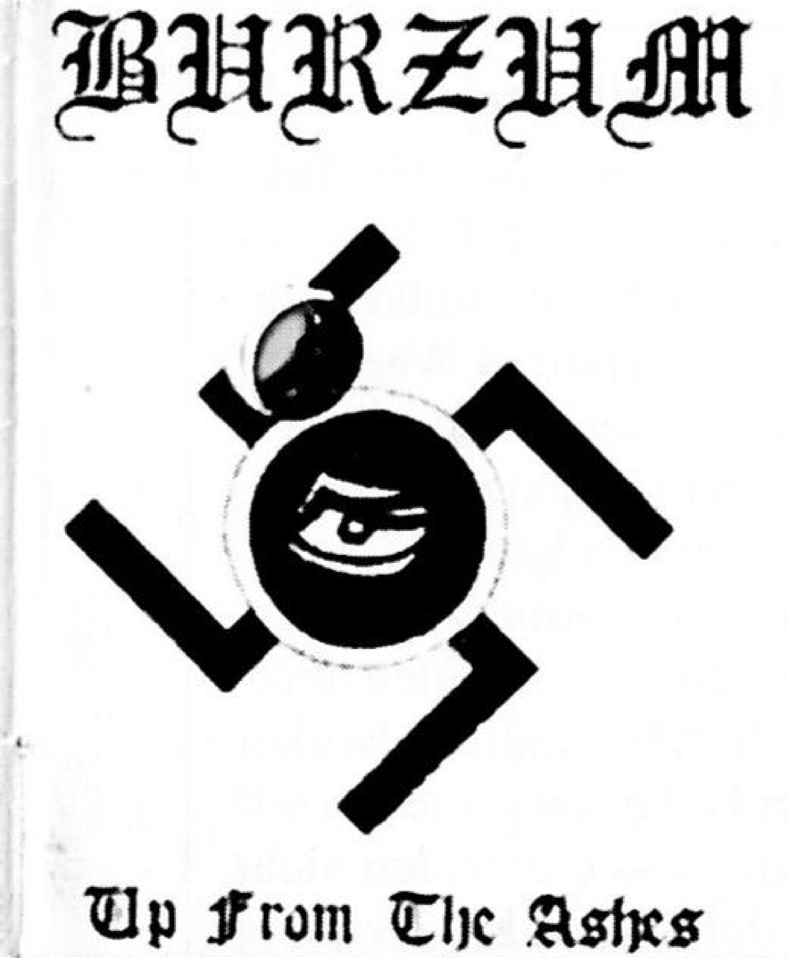
INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN











Black Metal zwischen Heidentum und Nationalsozialismus

Außerdem in diesem Heft:

Nazi-Terror: Schweden, Spanien und BRD
Korporationen • SPD und Vertriebene
Rechte und Kriegsschuldfrage
Völkische Sprachpflege

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Die gesellschaftliche Durchdringung mit rechtsradikalen und neofaschistischen Inhalten scheint keine Grenzen zu kennen: Anfang August wurden in sechs Thüringer Spielwarengeschäften Modellbausätze mit nationalsozialistischen Symbolen sicher gestellt. Darunter befanden sich unter anderem Figuren mit den Gesichtern der SS-Obersturmbannführer Joachim Peiper und Otto Skorzeny. Mit den SS-Runen am Kragen ihrer Uniformen standen die Plastikfiguren der beiden Kriegsverbrecher zum Anmalen und Sammeln in zehn Zentimeter Größe für 29,95 Mark im Regal neben authentischen Nachbildungen von Kriegsgerät mit Symbolen der Waffen-SS und Hakenkreuzen im Maßstab 1:35 bereit zum Kauf. Ein Angestellter eines der Spielwarengeschäfte sagte, die verbotenen Symbole seien in der Regel geschwärzt gewesen. Nur in Ausnahmefällen, wenn sich ein fürs Ausland bestimmter Bausatz auf dem Vertriebsweg nach Deutschland „verirrt“ habe, seien „ungeschwärzte“ Figuren in die Regale gelangt.

Was hier als kleines Mißgeschick verkauft werden sollte, scheint eher doch wieder ein Mosaikstein zu sein auf dem Weg in eine sich weiter nach rechts radikalisierende und damit zugleich barbarisierende Gesellschaft. Da verbietet der rot-grüne Hamburger Senat antifaschistische Kundgebungen, der Niedersächsische Ministerpräsident Glogowski (SPD) rückt immer näher an die „Vertriebenenverbände“, der antifaschistische Widerstand wird zwecks aggressiver deutscher Außenpolitik instrumentalisiert, rechte Kundgebungen können unbehelligt von staatlicher Seite durchgeführt werden und in neofaschistischen Kreisen wird nachhaltig über den Aufbau von terroristischen Strukturen diskutiert – und das alles sind nur Schlaglichter aus der Zeit, die als „Sommer-Loch“ und somit als vermeintlich ereignisarm bekannt ist.

Aber es gibt aus antifaschistischer Perspektive auch immer wieder kleine Lichtblicke, beispielsweise im Engagement gegen den verbindungsstudentischen „Marktfrühschoppen“ in Marburg. Allerdings können solche minimalen und punktuellen Erfolge nicht über den permanenten gesellschaftlichen Rechtstrend hinwegtäuschen, der sich massiv unter Rot-Grün weiterentwickelt. Der inzwischen verstorbene Präsident des „Zentralrates der Juden in Deutschland“, Ignatz Bubis, hat es treffend auf den Punkt gebracht, als er kurz vor seinem Tod erklärte, im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik sei die deutsche Verantwortung für Auschwitz nicht verankert: Jeder in Deutschland fühle sich verantwortlich für Schiller, Goethe und Beethoven, aber keiner für SS-Führer Heinrich Himmler.

Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang November. Redaktionsschluß ist der 11. Oktober 1999.

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe (Nr. 59, Juli/August 1999) sind uns einige Fehler unterlaufen. In dem Text Nazis mußten abziehen" (S. 4) ist von „Andreas Wegener“ und „Daniela Becker“ die Rede, die die Führung bei der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) übernommen hätten. Bedauerlicherweise wurde redaktionell die Verwechslung der Vor- und Nachnamen übersehen: Die beiden heißen Andreas Becker und Daniela Wegener. Ferner erhielten wir den Hinweis darauf, dass die beiden nicht derart explizit bei der SAF in Erscheinung getreten seien, dass man sie als SAF-Leitung bezeichnen könne. Außerdem werden in dem Artikel „'Freie Nationalisten' federführend“ (S.17 f.) „Sigi Borchert“ und „Manfred Hupka“ erwähnt. Richtig heißen die beiden Siegfried Borchardt und Steffen Hupka. Der ebenso erwähnte „Meinolf Elbing“ heißt natürlich Meinhard Otto Elbing. Wir entschuldigen uns für die Fehler und bedanken uns für die ergänzenden Hinweise.

Redaktion DER RECHTE RAND

Dietmar Quante & Andreas Speit

„Nationaler Widerstand" in Waffen

Hamburger Neonazi-Zeitschrift wirbt für „braune Zellen"

„Wir sind im Krieg mit diesem System und da gehen nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf", erklären die „National-revolutionären Zellen" in der aktuellen Ausgabe des „Hamburger Sturm". Offen bekennt sich die Neonazigruppe in der Zeitschrift der „Freien Nationalisten" zum „bewaffneten Kampf".

Im Gespräch mit der Redaktion des „Hamburger Sturm" um Thorsten Bärthel und Torben Klebe legen die „braunen Zellen" dar: „Wir sind eine Gruppe von mehreren Personen, die in der NPD tätig sind, aber mit dem NPD-Führungsstil unzufrieden geworden sind", weshalb „wir den neuen Weg als handelnde Aktivisten aus dem Untergrund eingeschlagen haben".

Mitmachen bei dem „Untergrundkampf für die Freiheit der Weißen Völker" können ausschließlich Männer, die Kampfsport betreiben und mit Waffen umgehen können sowie Computerkenntnisse haben. Frauen seien „meistens zu labil". Wer nicht bei der Bundeswehr gelernt hat, mit der Waffe umzugehen, dem empfehlen sie, dieses in Gotcha-Vereinen oder im Ausland nachzuholen.





Thorsten Bärthel (Foto: Blendwerk)

Als einzig ernstzunehmende politische Gruppe nennen die „braunen Zellen" die britische Naziterrorgruppe „Combat 18", die ihnen als Vorbild dient. Aus dem Umfeld dieser in klandestinen Zellen organisierten Gruppe wurden im Frühsommer diesen Jahres in London drei Bombenanschläge verübt, bei denen drei Menschen getötet und mehrere hundert verletzt wurden.

Wie C18, die bei internen Konkurrenzkämpfen nicht vor Morden und Briefbomben zurückschrecken, betonen die „braunen Zellen" die Notwendigkeit eines Selbstreinigungsprozesses von den „ganzen Fun-Glatzen und Schnulzen Bands".

Grundsätzlich schätzen sie ein, daß „der Staat die restlichen nationalen Parteien verbieten wird" und sie „dann schon bereit sein werden". Allerdings warnen die „braunen Zellen": „Wir dürfen nicht die Fehler begehen, wie es die Linke in der RAF getan hat, das Volk ist nicht bereit und lehnt Gewalt ab", aber „noch ist politisch alles offen" und „der Staat darf nicht zur Ruhe kommen". Der Anschlag des in einer ähnlich organisierten Neonazigruppe organisierten Kay Diesners auf einen PDS-Buchhändlers und Erschießung eines Polizeibeamten war so dann auch kein Fehler, sondern laut den neuen Untergrundkämpfern: „ein ganz persönlicher Akt der Befreiung".

Neben der Selbstdarstellung gibt der „Hamburger Sturm" den „braunen Zellen" die Gelegenheit, der Leserschaft Tips für den Kampf aus dem Untergrund nahezubringen. Wichtige Gespräche sollten nur unter vier Augen geführt werden sowie die Wohnung sauber gehalten werden.

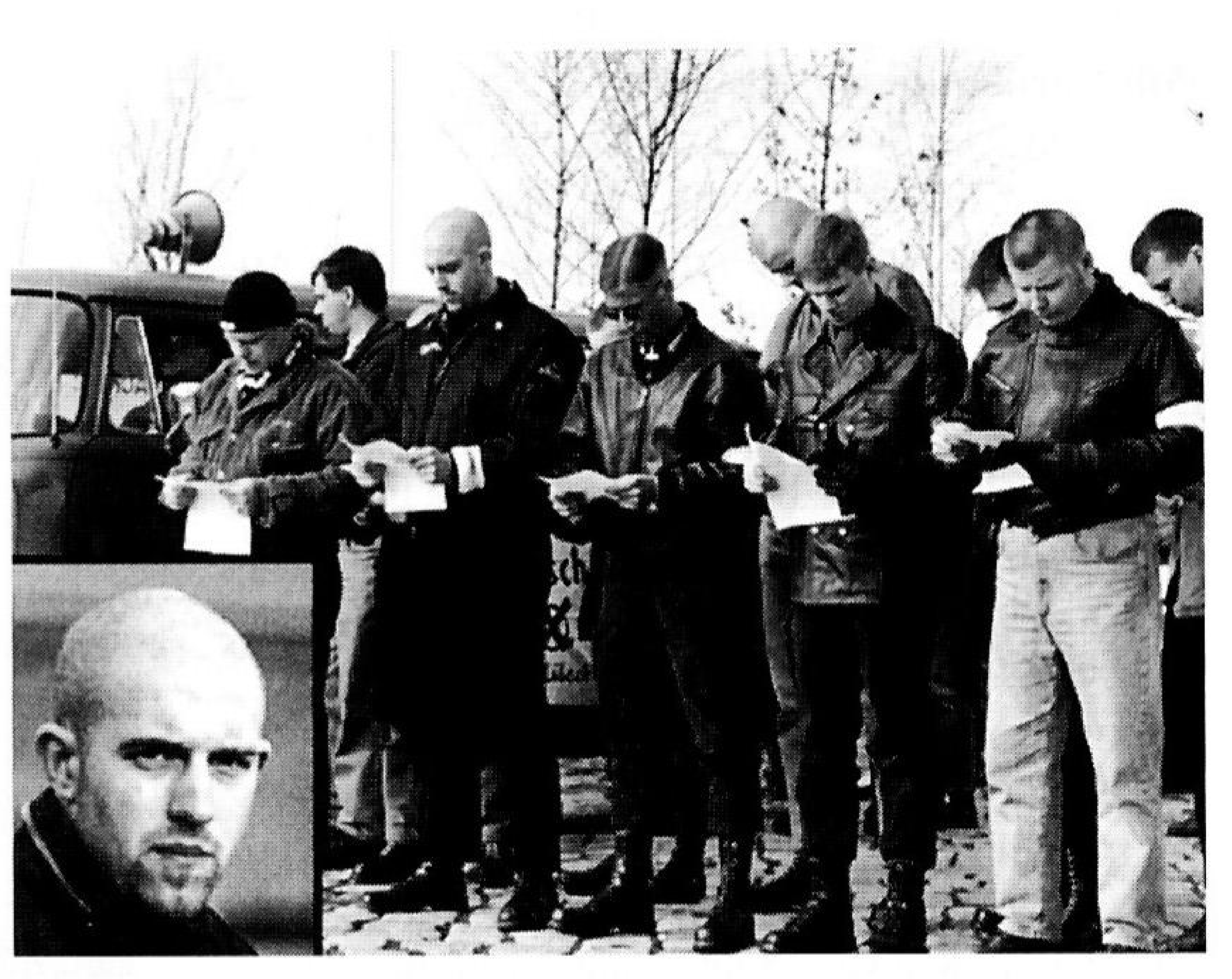
Die Aussagen und Ausrichtung der „braunen Zellen" passen zu dem Selbstverständnis des seit 1994 regelmäßig erscheinenden „Hamburger Sturm", der sich bis 1997 „Bramfelder Sturm" nannte. Nach dem Verbot der „Nationalen Liste"(NL) und deren Zeitung „Index" bauten unter anderem die ehemaligen NL-Mitglieder Thorsten Bärthel und Torben Klebe die Zeitschrift zwischen Skin-Musik-Fanzine, Nazi-Hooligan Mitteilungsblatt und nationalsozialistischem Propagandablatt auf. Anfangs eher als Mitteilungsblatt für die Hamburger Skinhead-Szene entwickelte sich die Zeitschrift spätestens nach der Umbenennung in „Hamburger Sturm" in ein Blatt für „Freie Nationalisten" aus ganz Norddeutschland. Neben Konzertberichten, Platten- und Fanzineempfehlungen und Berichten über die Aktionen des „Nationalen Widerstands" finden sich im „Hamburger Sturm" Anregungen zu militanten Aktionen. Auf der Anti-Antifa-Seite geben sie Daten von linken Zentren und Personen wie linken Jugendzentren oder dem Leiter des St.-Pauli-Fanladens bekannt, die „besucht werden können". Auf den Sportseiten berichten sie über Hooligan-Auseinandersetzungen, hetzen über „Multi-Kulti-Fußballer" und propagieren Gotcha als „Wehrertüchtigung". In einer mehrteiligen Rechtshilfereihe geben sie Tips zum Verhalten gegenüber Polizei und Justiz und bejammern Repressionen des „ZOG" („Zionist occupied Gouvernment") gegen die „Nationale Bewegung". Auf den „Seiten für die politischen Gefangenen" berichteten Christian Worch und Gary Lauck über ihre Haftzeit in „Santa Fu" und Kay Diesner bedankt sich in einem Leserbrief für die Unterstützung durch den „Hamburger Sturm".

In politischen Hintergrundberichten wird über heidnische Bräuche aufgeklärt, aber auch offen nationalsozialistische Propaganda verbreitet, wenn über die Ehre einer ungarischen SS-Division berichtet wird oder Christian Worch einen Artikel über die Bedeutung des 1. Mai für die nationalsozialistische Bewegung schreibt.

Beste Beziehungen unterhält die Redaktion des „Hamburger Sturm" zum Neonazi-Musiknetzwerk „Blood & Honour" (B&H), über deren Konzerte ausgibig berichtet wird und deren Platten empfohlen werden. Vor allem Torben Klebe, der im Herbst 1998 wegen Verbreitung einer indizierten CD der Berliner Nazi-Band „Landser" zwei Monate in U-Haft saß und verurteilt wurde, ist der Kontaktmann zu B&H-Sektionen in Berlin und nach Skandinavien.

Fest eingebunden in das norddeutsche Netz der „Freien Nationalisten" beteiligt sich der „Hamburger Sturm" inzwischen mit einem eigenen Block von bis zu 80 Anhängern unter der Leitung von Klebe an Neonazi-Demonstrationen. Uniformiert und in SA-Tradition marschierten sie am 1. Mai bei dem verbotenen Aufmarsch in Ahrensburg mit, organisierten eine eigene Demo gegen ein „Rock gegen Rechts" in Elmshorn und beteiligten sich an der Demonstration der Neonazis gegen die „Wehrmachtsausstellung" am 10.7.99 in Hamburg-Bergedorf.

Parallel zur Struktur der „Freien Nationalisten" ist auch im „Hamburger Sturm" eine zunehmende Radikalisierung zu beobachten.



Thorben Klebe (großes Bild: dritter von links)

Das Interview mit der „braunen Zelle" ist hier ein neuer qualitativer Sprung in Richtung offener Propagierung von Naziterrorismus.

Auch eine anderen Zeitung der „Freien Nationalisten", das „Zentralorgan", stößt in dieses Horn, als es in einer der letzten Ausgaben ein Interview mit William Pierce, dem Autor der „Turner Diarys", veröffentlichte. Die „Turner Diarys", die Bibel des Naziterrorismus, propagiert den offenen Krieg „Für den Erhalt der weißen Rasse".

„Von einer terroristischen Gruppe kann nicht die Rede sein" beschwichtigt dagegen der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Reinhard Wagner und möchte deshalb auch nicht bei dem Interview von „Werbung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" sprechen. „Ein terroristisches Netzwerk besteht nicht". „Viel beunruhigender", so Wagner, „sind die ganzen Waffenfunde und die vielen Einzeltaten". Das Bundesamt für Verfassungsschutz scheint sich da, laut einem süddeutschen Magazin, nicht so sicher zu sein. In einer „streng vertraulichen" Studie warnen die Kölner Amtskollegen vor einer neuen „aktions- und gewaltorientierten Untergrundstrategie. In Teilen der rechtsextremen Szene ist die Bereitschaft gestiegen, politische Ziele auch mit Gewalt zu verfolgen".

„Der Staat sucht vergebens nach einer braunen RAF" betonen indes die terroristischen Gesprächspartner des „Hamburger Sturm", doch die „braunen Zellen leben".

Niklas Weill

Terror in Schweden

Faschisten gehen mit Bomben gegen Kritiker vor

Nach einer langen, relativ ruhigen Phase ist Schweden bereits zum wiederholten Mal von einer Welle rechtsextremer Gewalt überrollt worden. Vor wenigen Wochen wurden zwei Polizisten bei der Verfolgung von drei rechtsextremen Bankräubern erschossen. Die drei Flüchtigen wurden nach spektakulär ablaufenden Verfolgungsjagden gefaßt und befinden sich inzwischen in Untersuchungshaft. Die Polizistenmorde erschütterten das Bild von der schwedischen Kleinstadtidylle und gaben Anlaß zu weitreichenden Diskussionen über die Gefahren faschistischer Organisationen.

Die Debatte ebbte jedoch bald ab. Politische Analysen gerieten in den Hintergrund und an ihre Stelle traten persönlich gehaltene Portraits der Polizistenfamilien. Schweden bereitete sich auf einen ruhigen Sommer auf dem Land vor. Dann kam der nächste Schock. Am Montag, den 28. Juni verübten mutmaßliche Neonazis einen Anschlag auf das Journalistenpaar Katarina Larsson und Peter Karlsson. Die Journalisten sind durch ihre umfangreichen Recherchen über die faschistische Szene bekannt geworden und standen nach wiederholten Drohungen bereits unter Polizeischutz.

Die Täter hatten im Stockholmer Vorort Nakka eine Bombe unter dem Auto der beiden Journalisten versteckt. Als Peter Karlsson am vormittag mit seinem 8-jährigen Sohn in das Auto steigen wollte, explodierte die Bombe. Karlsson erlitt schwere Rückenverletzungen, sein Sohn kam mit leichteren Verletzungen und einem Schock davon, während Katarina Larsson das Auto noch nicht erreicht hatte und sich außer Reichweite der Bombe befand. Die Polizei stellte bei der näheren Untersuchung des Wagens fest, dass die Sprengkraft der Bombe ausgereicht hätte, um potentielle Insassen zu töten. Larsson und Karlsson arbeiten seit geraumer Zeit als Journalisten erfolgreich an der Aufdeckung neofaschistischer Strukturen in Schweden. Anfangs bei der antifaschistischen Zeitschrift „Expo" und seit 1996 als

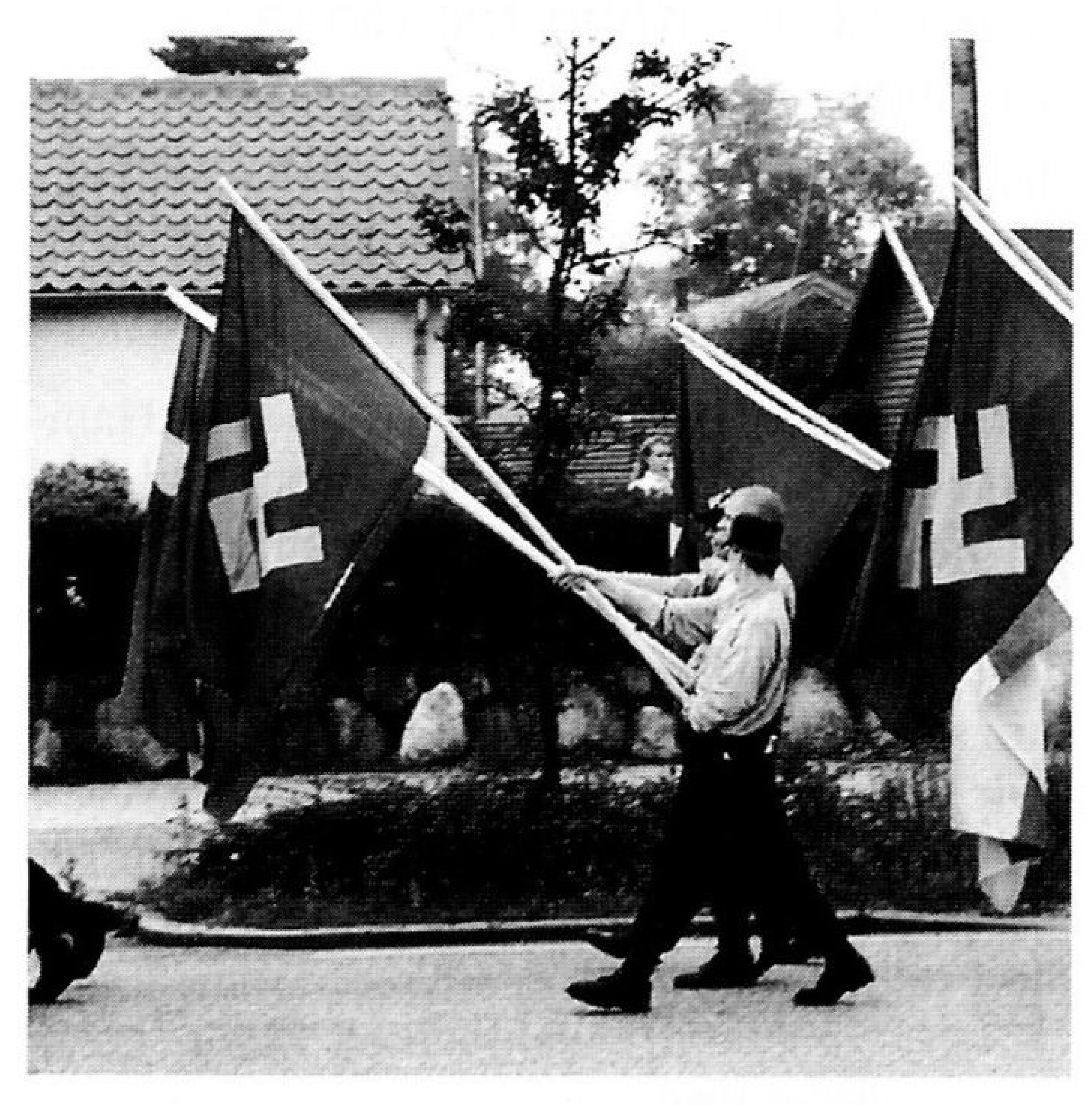


Schwedische Nazis 1993 in Fulda

freie Journalisten unter anderem bei den Abendzeitungen „Aftonbladet" und „Expressen".

Für „Aftonbladet" lieferten sie vor kurzem Hinterrundrecherchen für eine vierseitige Reportage über Neonazis in der Armee. In dem Artikel wurde besonders die Strategie der rechtsextremen Gruppierung „Nationell Ungdom" („Nationale Jugend") herausgearbeitet. „Nationell Ungdom" ist eine offen nazistische Organisation, die sich nicht scheut, in ihrer Zeitschrift „Folktribunen" rassistische Mörder zu huldigen. Sie organisiert eigene militärische Übungen und hat ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich militärisch auszubilden, was ihnen in vielen Fällen auch gelungen ist. Die Artikel in „Aftonbladet" dürften für einige Mitglieder der Organisation diese Pläne zunichte gemacht haben. Bislang sind noch keine weiteren Hinweise über mutmaßliche Täter oder über die Art des verwendeten Sprengstoffs bekannt geworden. Es wird aber im allgemeinen davon ausgegangen, dass es sich bei dem Bombenanschlag um einen Racheakt aus faschistischen Kreisen handelt. Nach dem Anschlag gab es dementsprechend auch umfangreiche Solidaritätserklärungen. In der Presse wurde der Anschlag so gut wie einstimmig als Anschlag auf die Meinungs- und Pressefreiheit insgesamt gewertet. Auf einer Demonstration gegen faschistische Gewalt am 3. Juli in der Stockholmer Innenstadt bekundeten viele Vertreter der schwedischen Presse sowie des antirassistischen Spektrums ihren Abscheu angesicht solcher Gewalttaten und betonten wiederholt die Notwendigkeit, dem faschistischen Terror konsequent und auf allen Ebenen entgegenzutreten.

Über 1000 Personen schlossen sich auch einem Aufruf an, der am 15. Juli der stellvertretenden Staatsministerin Lena Hjlem-Wallén überreicht wurde. In dem Aufruf wird unter anderem gefordert, dass die Polizei von Faschisten bedrohte Personen besser schützt und dass Säpo („Säkerhetspolisen"), der schwedische Verfassungsschutz, endlich die Gefahren des nazistischen Terrors anerkennt und der Polizei bei ihren Ermittlungen gegen Faschisten zur Seite steht. Von Säpos Seite war nach dem Anschlag kein Kommentar zu erhalten. Als eine zynische Antwort auf die Geschehnisse kann man aber einen Bericht über eine neue Säpo-Strategie betrachten, die ca. zwei Wochen nach dem Anschlag bekannt wurde. Säpo bewertet in dieser neuen Strategie Straftaten aus den Spektren Tierrechtler, Umweltaktivisten und Antifaschisten als Straftaten, die ge-



Schwedische Nazis 1998 in Dänemark

gen „vitale Gesellschaftsinteressen" gerichtet seien und somit verstärkt verfolgt werden sollten. Säpo schlägt zu diesem Zweck vor, den Suchbegriff „Autonome" in Polizeiregistern einzuführen. Auf diese Weise sollen auch bei kleinsten Delikten „autonome" Strukturen direkt erkennbar sein. Ob es ähnliche Pläne für die Aufdekkung faschistischer Zusammenhänge gibt, wollte Säpo-Chef Anders Eriksson nicht erläutern.

Ob es sich bei den Säpo-Erklärungen um Dummheit, Provokation oder um bewußte Verdächtigungen der linken Szene handelt, ist schwer auszumachen. Eindeutiger geht da die oben genannte rechtsextreme Zeitschrift „Folktribunen" vor. In ihrer Internetausgabe versucht diese zu beweisen, dass Katarina Larsson und Peter Karlsson kriminelle Hintergründe in linksextremen Kreisen hätten. Sie versucht, ihnen ihren Status als Journalisten abzuerkennen und sie als brutale Schläger der „Antifascistisk Aktion" (AFA) darzustellen, die ihre Rechercheergebnisse zu Angriffen auf harmlose „Nationalisten" verwenden würden. Erstaunlicherweise ließ sich „Dagens Nyheter", eine der größten und angesehensten Tageszeitungen Schwedens, auf diese Nazipropaganda ein und beschrieb in einem eigenen Artikel Katarina Larsson und Peter Karlsson als Kriminelle mit Verbindungen zu AFA. AFA hat unterdessen erklärt, dass weder Larsson noch Karlsson Mitglieder sind. Von welcher Seite wirklich die Gefahr für sogenannte „vitale Gesellschaftsinteressen" ausgeht, dürfte auch wenige Tage nach dem Anschlag auf die beiden Journalisten deutlich geworden sein. In Malmö fielen zwei Polizisten einem weiteren Bombenanschlag zum Opfer. Die Polizisten wurden per Telefon zu einem gestohlenen Auto gerufen, wo die Bombe explodierte. Beide wurden verletzt, einer so schwer, dass er erblindete. Auch hinter diesem Anschlag wurden zunächst Rechtsextreme vermutet. Bislang sind die Täter aber noch nicht gefaßt.

Niklas Weill ist Mitarbeiter der antifaschistischen Zeitschrift „Expo" (Stockholm)

Lars Kohn

„Nie wieder Marktfrühschoppen!“

Korporierte konnten nicht ungestört feiern

Einmal jährlich treffen sich in Marburg die ortsansässigen Studentenverbindungen sowie zugereiste Gäste und „Alte Herren“ der Verbindungen zum sogenannten Marktfrühschoppen. Nachdem linke Gruppen bereits seit Jahren darauf hingewiesen haben, dass die Studentenverbindungen konservatives bis neofaschistisches Gedankengut vertreten, gelang es in diesem Jahr erstmals, den Marktfrühschoppen weitestgehend zu verhindern, nachdem im vergangenen Jahr bereits seine traditionelle Form aufgrund der Proteste aufgegeben werden mußte.

Ursprünglich war der Marktfrühschoppen vor Jahrzehnten initiiert worden, um die Studenten in die Semesterferien zu verabschieden. Praktisch wurde das Fest, das als verbindungsstudentische „Kneipe“ samt der dazugehörigen Trinkrituale, Ansprachen und Lieder zelebriert wurde, von Korporierten dominiert, bis in den letzten Jahren Kritikerinnen und Kritiker sogar durch massive Polizeikräfte am Betreten des Marktplatzes gehindert worden waren. Die Verbindungsstudenten, unter denen sich die neofaschistische „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“ ebenso befindet, wie der als christlich-liberal geltende „Clausthaler Wingolf zu Marburg“, pflegten währenddessen jährlich auf dem von der Marburger Oberstadtgemeinde (einer Stadtteilgemeinde) ausgerichteten Fest ausgiebigst ihre Trinkrituale und traten in „vollem Wichs“ uniformiert auf dem Marktplatz geschlossen an und auf. Als im vergangenen Jahr die Oberstadtgemeinde als Veranstalter ausgestiegen war, legte Marburgs Oberbürgermeisters Dietrich Möller seine schützende Hand über das ritualisierte Fest der Korporierten.

In diesem Jahr sollte nun am ersten Sonntag im Juli wegen der Proteste der Marktfrühschoppen ganz ausfallen und die Verbindungsstudenten in ein wenige Minuten vom Marktplatz entfernt gelegenes Fest integriert werden, sozusagen als Ersatz-Marktfrühschoppen. Bereits im Vorfeld hatten Antifaschistinnen und Antifaschisten nichtsdestotrotz eine Demonstration unter dem Motto „Nie wieder Marktfrühschoppen“ angemeldet, die in ihrer Route den Marktplatz kreuzen sollte, um auf die rechten Traditionslinien des Marktfrühschoppens hinzuweisen. Diese Route wurde jedoch von der Polizei und dem Ordnungsamt untersagt und die Anordnung auch gerichtlich bestätigt. Die Begründung: Nach polizeilichen Erkenntnissen sei damit zu rechnen, dass es auf dem Marktplatz zu einem „spontanen Treffen“ von unter anderem mehreren hundert Korporationsstudenten kommen werde, weshalb die weit vor dem ersten Juli-Wochenende (dem üblichen Termin für den Marktfrühschoppen) angemeldete linke Demonstration eine andere Route weit ab vom Geschehen entlang der Lahn wählen sollte. Polizeichef Adolf-Walter Schürg sprach davon, dass durch das Verbot der Demonstrationsroute ein „Gefährdungspotential“ unterbunden werden könnte, wenn man ein Zusammentreffen zwischen Rechten und Linken vermeiden würde. Gänzlich offen blieb, woher die Polizei bereits eine Woche vor dem angeblich „spontanen“ Zusammentreffen Erkenntnisse über eine angeblich nicht geplante Veranstaltung haben wollte. Tilman Pfeiffer, „Alter Herr“ der „Burschenschaft Arminia“ behauptete, er habe in vielen privaten Gesprächen erfahren, dass „eine ganze Reihe von Leuten auf dem Marktplatz kommen wollen“ (Fehler i. Org.). Anschließend habe er bei Polizei und Ordnungsamt als treuer Deutscher seiner Pflicht folgend erfragt, ob etwas gegen dieses „spontane“ Treffen spreche. Dies hätten die zuständigen Stellen bereits seinerzeit verneint. Als Organisator will Pfeiffer aber auch nicht dastehen - seines Wissens habe es auch keine Vorbereitungstreffen der Korporationsverbände gegeben. Der „Alte Herr“ hat auch gute Gründe, nicht in Verbindung mit der Organisation des inoffiziellen Marktfrühschoppens gebracht zu werden. Denn eine spontane Veranstaltung kann formaljuristisch nicht Wochen oder Tage im voraus bekannt sein, weil es sich dann um eine unangemeldete öffentliche Versammlung handeln würde, die der Genehmigung bedürfte. Ebenfalls müßte von der Erregung öffentlichen Ärgernisses ausgegangen werden, wenn sich hunderte Verbindungsstudenten zum massenhaften und kollektiven Alkoholkonsum inmitten einer belebten Innenstadt treffen. Im Falle linker Veranstaltungen hatte schon sehr viel weniger zu Verboten geführt. Polizeichef Schürg hingegen erklärte, die Treffen der Korporierten auf dem Marktplatz hätten eine „lange Tradition“ und würden deshalb nicht unterbunden werden.

So kam es denn auch zu dem „spontanen Treffen“ der Verbindungsstudenten auf dem Marburger Marktplatz, für das die neofaschistische „Burschenschaft Rheinfranken“ sogar im Vorfeld via Usenet und Internet warb. Allerdings hatten linke Gegnerinnen und Gegner bereits in den frühen Morgenstunden damit begonnen, einzeln auf den Marktplatz „einzusickern“, wie ein Sprecher der Polizei auf Nachfrage erklärte. Somit waren neben den ca. 300 Verbindungsstudenten auch ebenso viele Gegner anwesend, die durch verschiedene Spontanaktionen, unter anderem demonstratives Fechten mit kleinen Holzstöckchen oder eine Polonaise als verkleidete Verbindungsstudentinnen und -studenten, den Zorn der Korporierten auf sich zogen. „Alte Herren“ forderten mehrfach lautstark, gegen die „Zecken“ vorzugehen und den spontanen Protest der Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen das rechte Treiben mit Polizeigewalt aufzulösen.

Die von antifaschistischer Seite angemeldete Demonstration fand neben der spontanen Protestaktion auf dem Marktplatz ebenfalls statt: mit sieben Personen. Dies sei ein Protest gegen die Auflagen gewesen, erklärte ein Polizeisprecher leicht entzürnt, hatte man doch einige Hundertschaften zur Überwachung der Demonstration abgestellt. Nach kurzen Handgreiflichkeiten von Verbindungsstudenten gegen die friedlich abziehende Protestler auf dem Marktplatz, formierten sich die Korporierten und zogen gemeinsam mit einer Blaskapelle und unbehelligt von der Polizei, die sich um vermeintliche Chaoten auf linker Seite kümmerte, zum eigentlich für sie vorgesehenen Fest. Von einem hochrangigen Sozialdemokraten der Stadt war am Rande der Festivitäten zu hören gewesen, er habe das Fest gemieden, weil ihm derartige rechtsradikale Machenschaften zuwider seien. Das dürfte auch eine Anspielung auf den Sprecher der „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“, Marco Rieger, sein, gegen den zu Beginn des Jahres ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war, weil er Schriften bezogen hatte, in denen der nationalsozialistische Massenmord an den europäischen Juden geleugnet wird.



Erfolgreicher Protest gegen Verbindungsstudenten.

Christian Dornbusch

„Wotan mit uns!“

Neues von Josef Klumb

Josef Klumb gilt als eine der Gallionsfiguren des rechten Rands in der Darkwave-Szene. Bekannt wurde er mit der mittlerweile aufgelösten Band „Fouthcoming Fire“, von der jüngst eine letzte CD mit Titel „Watching Rome Burn“ beim rechtsextremen „Verlag und Agentur Werner Symanek“ (VAWS) veröffentlicht wurde. Sie soll bisher „unveröffentlichtes, neu überarbeitetes Material aus der Zeit zwischen 1995-97“ beinhalten.



Josef Klumb

Klumb verfügt trotz seiner Aktivitäten bei VAWS oder der „Jungen Freiheit“ (JF) in der Darkwave-Szene über einen lauteren Ruf. Vergangenes Jahr gelang es Klumb sogar mit seiner Band „Weissglut“ bei dem Major-Label SONY unter Vertrag zu kommen. Nachdem SONY allerdings die politischen Aktivitäten von Klumb bekannt wurden, forcierten sie seinen Rauswurf bei „Weissglut“. Kurz darauf, zum Jahreswechsel 1998/99 erschien bei VAWS eine Mini-CD names „Lüge wird Wahrheit, Frieden ist Krieg“ der bis dato unbekannten Band „Unternehmen Dreizack“. In der Labelankündigung wurde die Band als ein „geheimnisumwittertes Projekt“ angekündigt, da die Bandmitglieder unbenannt blieben. Allerdings war relativ schnell in der Szene bekannt, dass der Hauptprotagonist bei diesem Projekt wiederum Klumb ist. Weiter heißt es in der Ankündigung, dass die Lieder von „themenbezogenen - und ebenso obligatorischen - 'Samples' begleitet [werden] , die z.T. aus Filmen (wie beispielsweise 'Triumph des Willens') stammen.“ Inhaltliches Thema der CD ist der „Boykott durch Lizenzmedien und DJ-Prostituierten“, zu dessen Opfern sich Klumb und VAWS gerne stilisieren. Ihre Kritiker diffamieren sie „Gedankenpolizei“, im Stile Orwell's „1984“.

Für das Darkwave-Magazin „Zillo“ stellt Klumb dennoch einen adäquaten Diskussionspartner da. Sie luden ihn für eine Podiumsdiskussion ein zum Thema: „Eine braune Gefahr - gibt es rechte Tendenzen in der Schwarzen Szene“, die auf dem diesjährigen Gothic-Treffen in Leipzig stattfinden sollte. Nach Bekanntwerden der Einladung zogen der bereits eingeladene Alfred Schobert (DISS) sowie die „Grufties gegen Rechts“ (GGR) ihre Zusage zurück; Klumb wollten sie für seine verquere Weltsicht kein öffentliches Podium bieten. Die Diskussion wurde abgesagt. Aber statt Einsicht beim „Zillo“ zu erwarten, verurteilen sie nun die Absage von Schobert und den GGR und werfen ihnen Intoleranz vor!

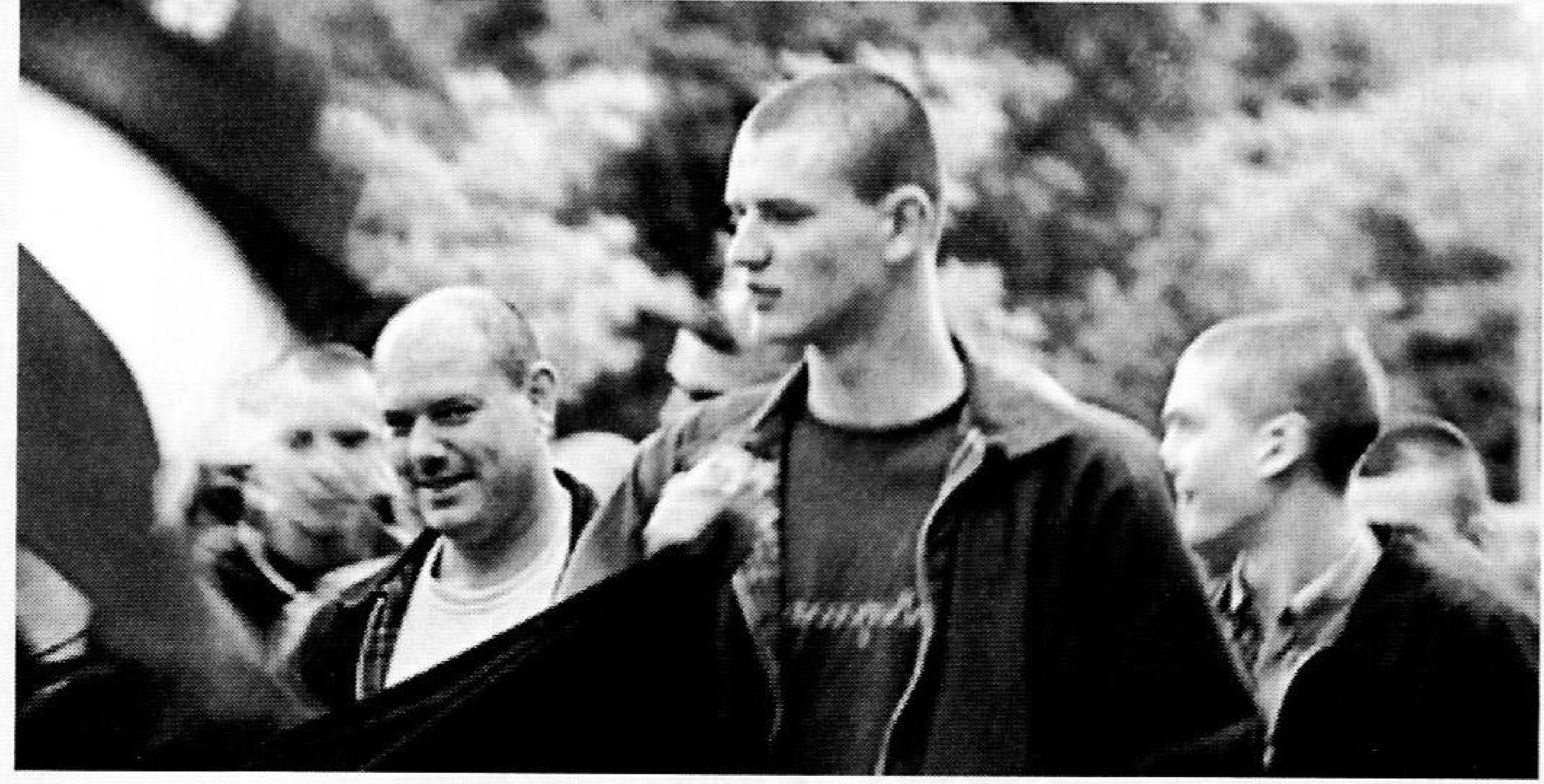
Im Frühjahr wurde unterdessen auf dem Dresdener Label „Eis & Licht“ des rechten Szene-Magazin „Sigill“ der erste eigenständige Tonträger, mit Titel „Sturmzeit“, der Formation „Von Thronstahl“ um Josef Klumb verlegt. Bisher war die Band nur mit Einzelbeiträgen auf verschiedenen Compilations in Erscheinung getreten, u.a. auf dem von Klumb konzipierten Sampler zu Ehren von Leni Riefenstahl und dem zur Ehrung des NS-Bildhauer Josef Thorak, die beide bei VAWS erschienen. Der Tonträger „Sturmzeit“ soll laut Label-Werbung im Geiste von Gottfried Benn stehen, jenem expressionistischen Dichter, der Anfang der 30er Jahre begeisterter Anhänger des Faschismus und Nationalsozialismus war. Unter Verwendung von Zitaten Benn's von 1936 deutet Klumb auf dem Platten-Cover seinen Kampf gegen den Status quo: „Und über unsere Köpfe hinweg, ein Totenmarsch von Übermächten an Finsternis und Zahl [...], Heerscharen eines blinden DAGEGENS [...] Und wir? [...] Wir schlagen nicht mit Stahl und Eisen mehr, wir setzen mit Feuer und Licht uns zur Wehr - [...] Von tausend Fronten kehrem wir heim, aus Tausend Einsamkeiten - UND NICHTS WIRD BLEIBEN WIE ES DIE NACHT HINDURCH WAR.“

Zu jener von Klumb beschworenen 'Einheitsfront' gehört wohl auch die NS-Black-Metal Band „Absurd“. Für deren aktuellen Tonträger „Asgardsrei“ schrieb und spielte er zusammen mit Raymond P., der auch bei „Von Thronstahl“ mitwirkt, das Lied „Sonnenritter“ ein. Die Sonnenritter sind dem Text zufolge angetreten, „die Heimat zu lösen aus Feindeshand [... Dieser] Wille nur treibt uns in Sieg oder Tod!“ Die CD erschien bei einem ominösen Label namens „IG Farben Produktion“, als Kontaktadresse ist die homepage der neonazistischen „Deutsche Heidnische Front“ angegeben.

Nach seiner Mitarbeit bei der nationalrevolutionären Zeitschrift „Sleipnir“ scheint Klumb nun endgültig seinen Platz „im bevorstehenden Schicksalskampf“ gefunden zu haben. Dieser Kampf für ein „Neues Reich“ wird im Booklet unter der Überschrift „Ein Ruf zu den Waffen ...“ heraufbeschworen, in dem es abschließend heißt: „Das Schicksal wartet nicht auf euch, das Schicksal fordert euch! Wotan mit uns!“

„Skinheads Allgäu“ weiter aktiv

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München lehnte am 4. August die Klage des verbotenen Vereins „Skinheads Allgäu“ auf Wiederzulassung ab. Die neonazistische Organisation aus Pfronten im Allgäu war am 30. Juli 1996 vom bayerischen Innenministerium verboten worden. Die Gründung erfolgte am 23. September 1995 durch 43 Skinheads, darunter zwölf Renees, in Mindelheim. Zeitweilig hatten rund 60 Mitglieder der Organisation angehört, zuletzt noch 47, von denen 13 wegen Propagandadelikten rechtskräftig verurteilt sind. Einen Antrag auf Eintragung ins Vereinsregister hatte zuvor das Landratsamt Ostallgäu beim Amtsgericht Kaufbeuren abgelehnt. Zu den Mitgliedern der „Skinheads Allgäu“ gehörten auch die Musiker der 1995 gegründeten Band „Faustrecht“ aus Kaufbeuren. Unter den Führern des Vereins, der den Zusatz „88“ („Heil Hitler“) führte, war auch der 35-jährige Skinhead und Schläger Georg Hutzler aus Neu-Ulm. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht heißt es über den verbotenen Verein: „Von den Anhängern des 1996 verbotenen Vereins `Skinheads Allgäu´ ist nur noch ein harter Kern um die Vereinsband `Faustrecht´ aktiv. Dieser verfügt jedoch nach wie vor über Möglichkeiten zur Durchführung von Szene-Veranstaltungen, wie ein konspirativ organisiertes, von 400 Personen besuchtes Skinhead-Konzert am 4. Juli in Tussenhausen, Landkreis Unterallgäu, zeigte.“



Georg Hutzler (1. v. links mit Glatze und Ohrring)

Samuel Salzborn

Niedersächsische Bodenständigkeit

Glogowskis Annäherung an die „Vertriebenen"

Zu feierlichen Anlässen gehören stets Grußworte. So auch zum Bundestreffen der „Landsmannschaft Schlesien" (LMS) am 10./11. Juli 1999 in Nürnberg. Neben obligatorischen wie etwa dem des Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) oder dem des CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble ging in diesem Jahr auch eines vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski ein: Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Deutschlandtreffens der LMS übermittelte Glogo - wie der SPD-Politiker und ehemalige Innenminister Niedersachsens sowohl von Genossen wie Kritikern genannt wird - seine „herzlichen Grüße".

Das Land Niedersachsen sei, heißt es in seinem Grußwort, „Schlesien und den Schlesiern stets eng verbunden" gewesen. Schätzungsweise eine Million „Schlesierinnen und Schlesier" hätten nach ihrer Umsiedlung infolge des Zweiten Weltkrieges in Niedersachsen Aufnahme und „eine neue Heimat" gefunden: „Da sowohl den Schlesiern als auch den Niedersachsen Bodenständigkeit und Fleiß nachgesagt wird, konnte ein gedeihliches und für beide Seiten fruchtbares Miteinander erwachsen."

Nach dieser Zuschreibung ist das gemeisame, vermeintlich verbindende Element zwischen „Schlesiern" und Niedersachsen eine auf Bodenständigkeit und Fleiß ausgerichtete und damit höchst regressive, rückwärtsgewandte, auf ein unproduktives Bewahren und Festhalten gerichtete Wertkategorie. Zudem verschiebt sich in dieser von Glogowski vorgenommenen Parallelisierung die gesellschaftliche Dimension des menschlichen Lebens zurück auf eine stammesgeschichtliche Ebene, eine ins archaische weisende Volkskunde, die den Menschen nur in seinem vermeintlichen Stamm zu denken in der Lage ist und die sich eben durch die zugeschriebenen Tugenden eines folkloristischen Elements nicht zu entledigen vermag.

Ferner bezeichnete Glogowski in seinem Grußwort die im „Bund der Vertriebenen" (BdV) zusammengeschlossenen „Landsmannschaften" unumwunden als „ostdeutsche Landsmannschaften". Die Bezeichnung „ostdeutsch" spekuliert semantisch unzweifelhaft darauf, dass nicht die ehemalige DDR den östlichen Teil Deutschlands abgebe, sondern dass jenseits der Oder-Neiße-Grenze weiteres deutsches Territorium läge. Aufgeklärten Menschen gilt dieser eigenständige und unabhängige Staat im Osten der Bundesrepublik eigentlich als die Republik Polen. Im selben Satz, in dem Glogowski von den „ostdeutschen Landsmannschaften" spricht, verweist er auch darauf, dass er „die verständigungsorientierten Heimatvertriebenen" unterstütze. Derart gelagerte Sympathien, die über eine archaisch-stammesgeschichtliche Begeisterung weit bis ins Politische hinausgehen, hatten bereits Jahrzehnte zuvor prominente SPD-Politiker von sich gegeben. So schrieb die SPD 1963 ein von Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner gezeichnetes Telegramm zum Deutschlandtreffen der „Landsmannschaft Schlesien", in dem es unter anderem hieß: „Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: 100 Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden. [...] Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft. Wer an diesem Feuer sein kleines Parteisüppchen zu kochen versucht, kann vor dem großen Maßstab der Geschichte nicht bestehen."



Ein Herz für Schlesien: Ministerpräsident Gerhard Glogowski

Als ein Zeichen der „niedersächsischen Verbundenheit mit Schlesien und den Schlesiern", wie Glogowski in seinem aktuellen Grußwort betont, hatte das Land Niedersachsen die Patenschaft über die „Landsmannschaft Schlesien" übernommen. Am 3. Oktober 1950 wurde die Urkunde über die Patenschaft vom damaligen Minister für „Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten" in Niedersachsen, Heinrich Albertz (SPD), unterzeichnet - übrigens dem gleichen Heinrich Albertz, der zum Zeitpunkt der Erschiessung des Studenten Benno Ohnesorg im Frühsommer 1967 Regierender Bürgermeister von Berlin gewesen ist. Durch die Übernahme der Patenschaft wurde die „enge Verbundenheit unseres Landes mit Schlesien und den heimatvertriebenen Schlesiern" zum Audruck gebracht, heißt es in der Urkunde.

Die Neubildung der Niedersächsischen Landesregierung im Mai 1990 und der damit nach langjähriger christdemokratischer Regierung in Niedersachsen vollzogene rot-grüne Machtwechsel führte dann dazu, dass der LMS die institutionellen Fördermittel innerhalb der Patenschaft des Landes über die „Landsmannschaft Schlesien" gestrichen und die Unterstützung für ihre Deutschlandtreffen entzogen wurden. Entgegen der häufigen Annahme kündigte das Land Niedersachsen jedoch damit die Patenschaft über die LMS nicht auf, sondern verlagerte sie in den Bereich des Symbolischen. Die LMS verlegte ihre Treffen daraufhin nach Nürnberg, wobei allerdings Glogowski bereits kurz nach Amtsantritt nichts besseres zu tun hatte, als bei einer Zusammenkunft mit hochrangigen Vertretern der „Vertriebenenverbände" im Frühjahr 1999 über eine mögliche Wiederaufnahme einer aktiven Patenschaft und die Rückkehr des Deutschlandtreffens der LMS nach Hannover zu diskutieren.

Und eben jener Glogowski wird nach bisherigen Angaben auch die Schirmherrschaft über die 50-Jahr-Feier des Landesverbandes Niedersachsen des BdV übernehmen, die am 9. November 1999 im Congress Centrum in Hannover zelebriert werden soll. Als Ehrengäste und Festredner der Veranstaltung werden neben Glogowski noch die BdV-Präsidentin Erika Steinbach (CDU-MdB) und der Landesverbandsvorsitzende des BdV-Niedersachsen, Dieter Radau erwartet. Radau war erst Mitte des Jahres nach langjähriger Vizepräsidententätigkeit zum Präsidenten der „Pommerschen Abgeordnetenversammlung" gewählt worden. Der BdV-Niedersachsen erwartet etwa 400 Personen zu der Feier am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht. Durch die Wahl des Termins für die Feierlichkeiten ignoriert der BdV-Niedersachsen an einem für den deutschen Terror gegen die europäischen Juden stehenden Tag das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und deutscher Volkstumspolitik. Stattdessen soll eine 50jährige Verbandstradition gefeiert werden, die ebenfalls für völkische Theorie und Praxis steht. Eine Verhöhnung der Opfer par excellence. Aufschlußreich ist in diesem Kontext auch das Geschichtsbewußtsein des Vorsitzenden der LMS, Herbert Hupka. In seinem beim Deutschlandtreffen der LMS verbreiteten Redemanuscript war handschriftlich und nachträglich das Jahr, in dem die Potsdamer Konferenz stattgefunden hat, auf 1945 korrigiert worden. In der Originalfassung war sie auf 1950 datiert gewesen ...

standsmitglied Wieland Körner, bekannter unter dem Namen Soyka, in einer Sonderbeilage „Durchbruch in Schleswig-Holstein!". Körner-Soyka ist Inhaber des Faksimile-Verlages in Bremen, der für sein geschichtsrevisionistisches Programm bekannt ist.

Also mobilisierte der „Bund" seine Mitglieder für die Verhinderung des „Rechtschreibumsturzes". Der „Bund" begann, Initiativen aus den eigenen Reihen, aber auch jede andere Form von Protest, publizistisch zu unterstützen. Vorsitzender Delbanco: „Die zur Zeit in Berlin, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern stattfindenden Anstrengungen zur Einleitungen von Volksbegehren bzw. Volksentscheiden verdienen gerade nach dem in Schleswig-Holstein errungenen Sieg der Befürworter der überlieferten Rechtschreibung unsere volle Unterstützung!".

In der Folge beteiligen sich verschiedene bekannte Mitglieder des „Bundes" an den Länderaktivitäten, andererseits treten aus den regionalen Initiativen neue Mitglieder in den „Bund für deutsche Schrift und Sprache" ein. Der Berliner Gernot Holstein wird im ersten Quartal 1994 als neuer Mitstreiter des „Bundes" begrüßt. Holstein hat maßgeblich die jüngst gescheiterten Aktivitäten des „Berliner Vereins für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege" gegen die Rechtschreibreform in Berlin geprägt (Vgl. DER RECHTE RAND Nr. 59). Der Student der Rechtswissenschaften beschreibt Anfang 1998 den „Stand der Rechtsprechung zur Rechtschreibung" im Vereinsblatt. In Mecklenburg-Vorpommern sind Hans-Joachim Loge und die Beisitzerin im Vorstand Sigrun Poschenrieder, die gemeinsam mit ihrem Mann Helmut Mitglied auf Lebenszeit ist, führend gegen die Reform aktiv. Thomas Paulwitz, Autor in „Die deutsche Schrift", wird in „Frieden 2000", den Nachrichten für die „Deutschland-Bewegung", als Koordinator des „Arbeitskreises Unsere Sprache" (ARKUS) bezeichnet. Paulwitz, Student in Erlangen, ereifert sich in seinem Artikel „Das Internet. Fortschritt und Coca-Cola-Imperialismus im Bündelangebot?" leidenschaftlich für die Zurückdrängung amerikanischer Einflüsse auf die Umgangssprache. Ginge es nach ihm, hieße es „Einklink" statt Server, „Zapfstelle" statt Terminal, „Ferneinkaufsbummel" statt Online-Shopping und - wie hübsch - „Weltwabergewebe" statt World Wide Web.

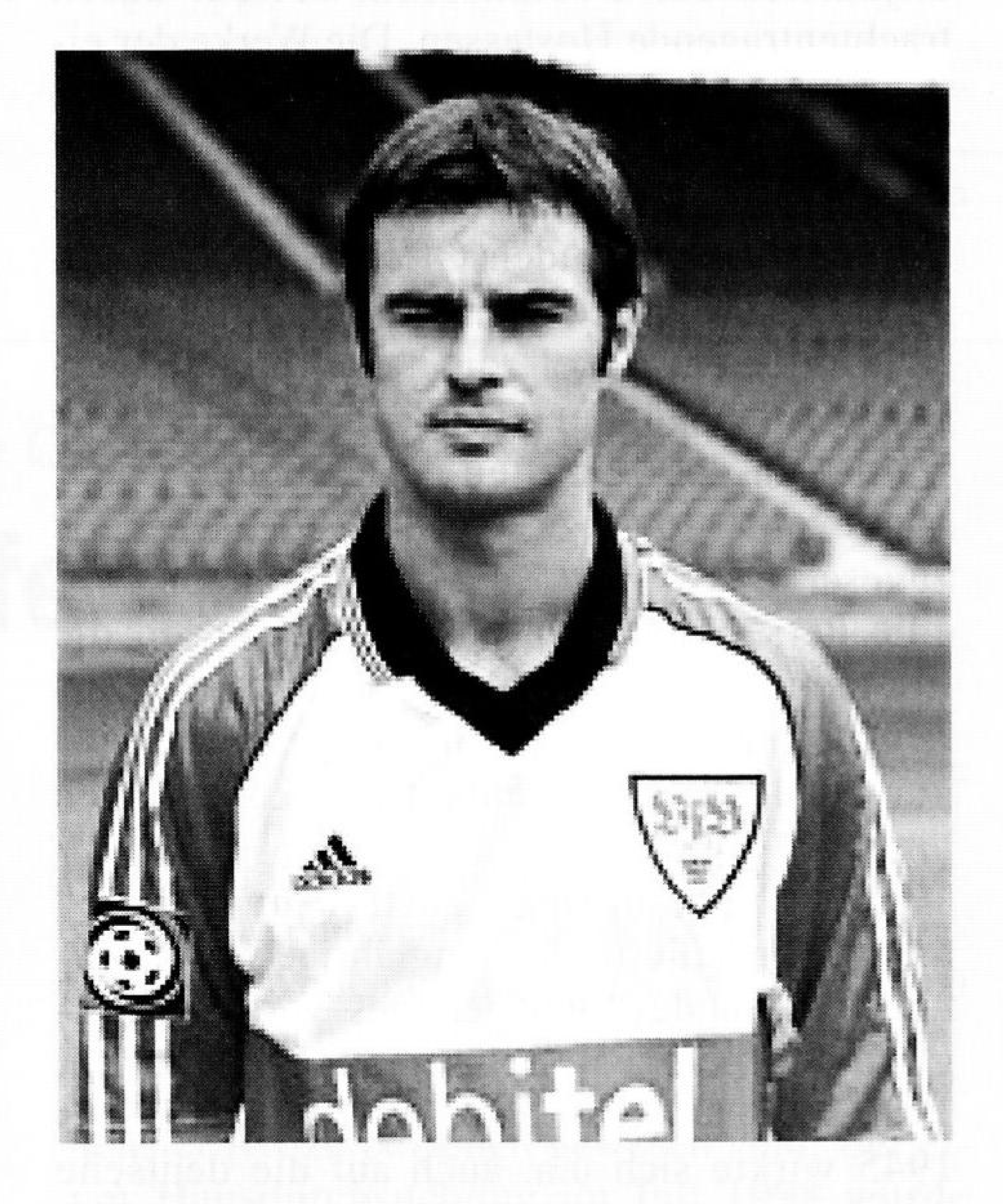
Bieten die verkrampften Eindeutschungsversuche - Laptop heißt bei denen tatsächlich „Schoßrechner" und CD „Schmalscheibe" - noch Anlaß zu Heiterkeit, verbreitet der „Bund" aber weiter altbekannte völkische Stereotype gegen die - us-amerikanisch geprägte - Moderne: „Gleichzeitig wird unsere Kultur zunehmend überfremdet und unterwandert. Deutlich sichtbar wird dies an zahlenmäßig großen Gruppen aus dem türkischen und arabischen Kulturkreis. Weitaus gefährlicher, da nicht so augenscheinlich und schwer durchschaubar, ist der wie eine Seuche um sich greifende Amerikanismus in Sprache, Schrift und Lebensart" - so schreibt BfdS-Mitglied Jörg Hahn in seinen Betrachtungen zur Bundestagswahl 1998. Der Anti-Amerikanismus der völkischen Sprachbewahrer benutzt hier ähnliche Stereotype wie der traditionelle deutsche Antisemitismus. Auch den von seinem Volk und seinen Eigenarten entfremdeten „Bastard", den Kosmopolit, den die „Kulturverderber" erschaffen, kennen wir aus alten Beschreibungen: „Der Mensch der Zukunft soll also ein kultur- und heimatloser Konsum-Vagabund sein, ein Spielzeug der großen Konzerne und den Mächtigen ausgeliefert." Der Anhänger der völkischen Ludendorff-Sekte „Bund für Gotterkenntnis", Gundolf Fuchs darf dann auch Anfang 1999 für den „Bund" den Widerstand gegen die Reform resümieren. Er erklärt, die Auseinandersetzung habe „eine ganz andere Größenordnung bekommen. Es geht auch um die Frage, ob eindeutig erkennbarer Volkswille tatsächlich anerkannt wird, oder ob die freiheitlich-demokratische Grundordnung nur noch auf dem Papier besteht." Fuchs benutzt hier das Grundgesetz, kombiniert mit dem „Volkswillen", als billige Leimrute für die Unzufriedenen. Wieviele Mitglieder des „Bundes" die völkische Ausrichtung teilen, darf unklar bleiben.

„Yahoo" sperrt Nazi-Seiten

Die amerikanische Intemet-Provider „Yahoo" hat die Internet-Seiten von 37 rassistisch ausgerichteten Gruppen geschlossen. Gegen den Inhalt von Webseiten, die unter den Titeln „Brotherhood of Haters", „Mein Kampf Nazi Spirit" und „KKK for Teens" veröffentlicht wurden, hatte das Simon Wiesenthal Center bei „Yahoo" protestiert. „Wir unterstützen keine Seiten, die Haß propagieren", sagte Mark Hull, Produzent der „Yahoo Clubs". Die gesperrten Seiten aber verletzten die Regeln von „Yahoo", die es verbieten zu Rassismus, Fanatismus, Haß oder Körperverletzung gegen Gruppen oder Einzelpersonen aufzurufen. „Yahoo" ergreife jedoch solche drastischen Maßnahmen nur, wenn sich andere Benutzer beschwerten. Das sei im Falle des Simon Wiesenthal Centers zum ersten Mal in diesem Umfang geschehen, sagte Hull. Mark Weitzman, Direktor der Abteilung „Task Force against Hate" des Wiesenthal-Centers, wertete die „Yahoo"-Aktion als sehr positiv: „Es zeigt Verantwortung gegenüber der breiten Öffentlichkeit", sagte er. Bereits seit Januar hatte „Task Force" eine explosionsartige Vermehrung der rechten Gruppen bei „Yahoo" beobachtet, deren Zielgruppe vor allem Kinder und Teenager waren.

Berthold und „buecher.de"

In einer Anzeige des Münchner Internet-Buchhändlers „buecher.de" hat der Fußballprofi Thomas Berthold für ein als antisemitisch verbotenes Buch geworben, wie DER RECHTE RAND in der letzten Ausgabe berichtete.



Die Anzeige sei sofort zurückgezogen worden als die Vorwürfe bekannt wurden, erklärte der Vorstandssprecher von „buecher.de", Richard von Rheinbaben infolge einer Presseerklärung der VVN/BdA und der „Aktion Kinder des Holocaust". Das Unternehmen bedauere den Vorfall. „buecher.de" habe bei der Werbekampagne, in der Prominente ihre verschiedenen Lieblingsbücher vorstellen, allen Beteiligten „volle Freiheit" überlassen und bewußt keine Kontrolle ausgeübt. Das Buch für das Berthold warb - Jan van Helsings „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert"- ist als antisemitische Hetzschrift indiziert. Rheinbaben erklärte, sein Unternehmen werde künftig die Buchtips der Prominenten in der Anzeigenkampagne prüfen. An strafrechtliche Konsequenzen glaubt Rheinbaben nicht: „Wir verweisen auf die Meinungsfreiheit. Wenn Herr Berthold glaubt, so etwas sagen zu müssen, ist das sein Bier." „buecher.de" ist nach eigenen Angaben der zweitgrößte deutsche Buchhändler im Internet; das Unternehmen mit rund 30 Mitarbeitern ist Mitte des Jahres an die Börse gegangen.

REP-Funktionär bleibt Lehrer

Eine Kandidatur für die rechtsradikale Partei „Die Republikaner" (REP) kann nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Münster kein Grund sein, einen Lehrer vom Schuldienst zu suspendieren. Die Richter erklärten, Beamte dürften für die „Republikaner" kandidieren, und wies einen Antrag der Schulaufsichtsbehörde Arnsberg zurück, den Studiendirektor Burghard Schmanck aus dem Dienst entfernen zu dürfen. Der Lehrer, der an einem Gymnasium in Kamen Latein und katholische Theologie unterrichtet, war 1994 bei den Bundestagswahlen und ein Jahr später bei den Wahlen zum Düsseldorfer Landtag angetreten. Er ist auch Vorsitzender des von ihm gegründeten „Republikanischen Bundes der Öffentlich Bediensteten" (RepBB).

Miguel Tubo Rodríguez

Rassistische Übergriffe in Spanien

Mitte Juli 1999 schwappte eine Welle rassistischer Übergriffe über die spanische Provinz Katalonien. Sie erreichte ihre vorerst gewalttätigsten Ausmaße in Form zweier Brandanschläge auf eine muslimische Moschee und auf ein von GambianerInnen bewohntes, mehrstöckiges Haus.

Wie kam es zu diesen von Fremdenhaß geleiteten Ausschreitungen in einer Provinz, die sich doch selbst seit dem spanischen Bürgerkrieg als antifaschistische Hochburg gegen den Diktator Franco gesehen hat? Die Morddrohungen des Carlos Javier Egea an alle „magrebís" (Menschen der arabischen Staaten Nordafrikas) live im spanischen Fernsehen paßten nicht zu dem Geist der ersten internationalen Freiwilligen-Brigaden, die sich hier 1936 zum Kampf gegen den Faschismus bildeten. Aber auch an diesem Teil Spaniens, der bisher angeblich frei von rassistischem Gedankengut war, sind die immer stärker auf Ausgrenzung abzielenden Zeitzeichen nicht spurlos vorübergegangen. Hierbei stellt sich allerdings die Frage, ob es wirklich keinen Rassismus in Katalonien gab, oder ob er bisher einfach noch nicht so offensichtlich zu Tage getreten ist. Die Ereignisse der letzten Wochen sprechen eher für die zweite Vermutung.

Mitte Juli versammelten sich 1300 BewohnerInnen des Vororts Ca´n Anglada von Terrassa bei Barcelona, um mit rassistischen Parolen wie etwa „Schwarze raus" und „Wir wollen keine illegalen Immigranten" gegen die Anwesenheit der mehrheitlich aus den Maghreb-Staaten stammenden Menschen zu demonstrieren. Ihren Ruf nach Sicherheit und Ordnung unterstrichen die rassistischen DemonstrantInnen, indem sie zahlreiche Geschäfte und Häuser beschädigten. Ein Mensch wurde dabei durch einen Messerstich schwer verletzt. Nach Polizeiangaben wurden elf Verdächtige mit „skinheadähnlicher" Erscheinung vorläufig festgenommen.

In den spanischen Massenmedien führte dies zu der Auffassung, dass wenige Skins die BürgerInnen samt ihres Protests für ihre Sache mißbräuchten, ohne dabei zu beachten, dass jene es waren, die die allgemeine Stimmung für die rassistischen Übergriffe geschaffen hatten. Wie fraglich diese Differenzierung zwischen Skins und Normalbevölkerung ist, zeigte der 20. Juli einige Kilometer weiter nördlich in der Stadt Banyoles. Fast zeitgleich wurden dort zwei Brandanschläge auf die örtliche Moschee und auf ein von GambianerInnen bewohntes Haus verübt. Zwei Frauen konnten nur schwer verletzt den Flammen entkommen. Im Gegensatz zu den Vorfällen in Ca´n Anglada mußte die Provinzpolizei Mossos d´Esquadra nach Infomationen der spanischen Tageszeitung „El País" eingestehen, dass es für diese Anschläge keine Hinweise auf organisierte Gruppen gebe.

Die Moschee war den BürgerInnen von Banyoles schon seit geraumer Zeit ein Dorn im Auge. Kurz nach den Vorfälle in Ca´n Anglada starteten sie eine Unterschriftensammlung, in der sie die Verlegung der Moschee forderten. Der Konsul Gambias in Katalonien, Juan Antonio del Moral, erklärte nach den Brandanschlägen vom 20. Juli auf die Moschee und das Wohnhaus: „Es scheint, dass sie nicht wissen wollen, dass hier ein Nährboden des Rassismus vorhanden ist, dem diese Attacken entsprungen sind. Es ist unvorstellbar, dass viele Jahre lang ein ausgestopfter Mensch schwarzer Hautfarbe in Banyoles [im Museum Darder] ausgestellt wurde." Dieser wurde erst auf massiven Druck mehrerer afrikanischer Staaten und gegen großen städtischen Widerstand nicht mehr öffentlich zur Schau gestellt.

Die spanische Polizei wird unterdessen nicht müde zu betonen, dass sie die vermutlichen Täter, nämlich die Skins, vollkommen unter Kontrolle habe. So sieht sie eine ganze Reihe von Anschlägen gegen linksgerichtete Organisationen, Parteien und Gewerkschaften seit Beginn dieses Jahres sowie die jüngsten rassistischen Angriffe in Verbindung mit der Verurteilung von Pedro Varela. Der inzwischen in neofaschistischen Kreisen zum Märtyrer hochstilisierte Varela wurde am 10. November 1998 als erster Spanier wegen der Rechtfertigung von sogenannten Rassenmorden und Rassenhaß zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Als Mitglied der neofaschistischen Organisation „Cedade" und als Eigentümer der Buchhandlung „Europa" spielte er lange Jahre eine entscheidende Rolle im rechtsradikalen Netzwerk Spaniens. Die häufigen Besuche eines politischen Weggefährten Varelas, Ricardo Sáenz Ynestrillas, in der katalonischen Provinz sprechen nach Angaben der Polizei ebenfalls für einen Zusammenhang zwischen der Verurteilung Varelas und den jüngsten Ereignissen.

Rechtsradikale Gewalt verfünffacht

In den vergangenen vier Jahren hat sich die Zahl der rechtsradikalen Gewalttäter in Spanien verfünffacht, stellt eine Studie der unabhängigen Organisation „Bewegung gegen Intoleranz" fest. Während bei der Polizei 11.100 Jugendliche registriert sind, die der Neonazi- oder Skinhead-Szene zugerechnet werden (1995 waren es noch 2.300), geht „Bewegung gegen Intoleranz" wegen der hohen Dunkelziffer von mindestens 20.000 militanten Rechtsradikalen aus. Diese seien vor allem in Madrid und Barcelona, aber auch in vielen Kleinstädten aktiv.

Rechte im Europaparlament

Frankreichs Ex-Innenminister Charles Pasqua hat sich im Europaparlament mit Vertretern der neofaschistischen italienischen „Alleanza Nationale" (AN) zusammengetan. Dies gab Ende Juli die Präsidentschaft der EU-Vertretung bekannt. Den Angaben zufolge nahm Charles Pasquas Fraktion „Europa der Nationen" neun Abgeordnete der AN auf. Damit zählt die Gruppe nun 30 Mitglieder, unter ihnen zwölf Abgeordnete der französischen „Bewegung für Frankreich und die Unabhängigkeit Europas", in der sich Pasqua und andere Maastricht-Gegner nach ihrem Zerwürfnis mit Chiracs Gaullistenbewegung RPR zusammengetant hatten. Insgesamt zählt das neue Europaparlament nun acht Fraktionen und neun parteilose Abgeordnete, unter ihnen fünf Mitglieder der rechten „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ). Sieben Rechtsradikale aus Frankreich und Belgien, unter ihnen der Führer des französischen „Front National" (FN), Jean-Marie Le Pen, und drei Vertreter der rechten italienischen „Lega Nord" gründeten mit sieben linken Abgeordneten der von der Ex-Kommissarin Emma Bonino geführtet Liste eine gemeinsame „Technische Fraktion". Bonino begründete dies mit der Geschäftsordnung des Parlaments, die Abgeordnete ohne Fraktionszugehörigkeit benachteilige.

Schlappe für Schirinowski

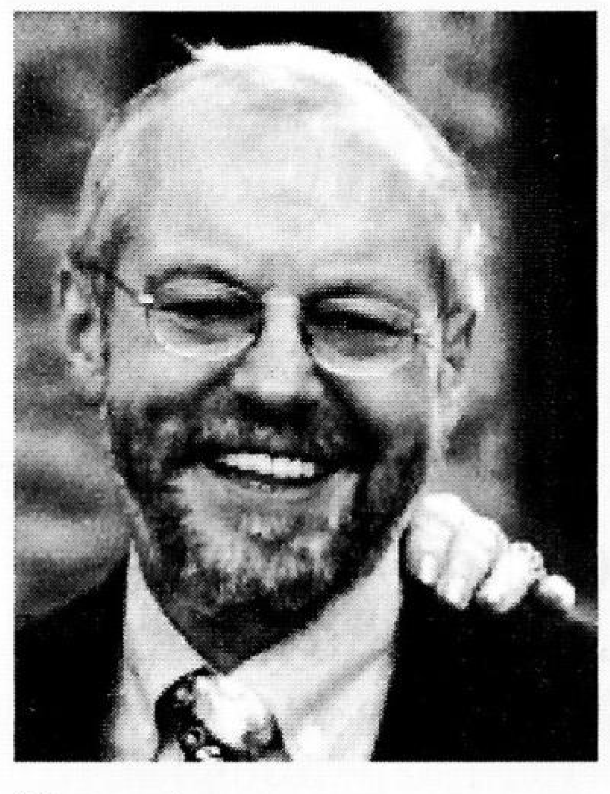
Der russische Rechtsextremist Wladimir Schirinowski hat eine weitere Schlappe im Kampf um einen Gouverneursposten in Rußland erlitten. Dem Chef der nationalistischen „Liberal-Demokratischen Partei" (LDPR) wurde wegen gefälschter Unterschriften die Kandidatur bei den Gouverneurswahlen im Gebiet Swerdlowsk im Ural am 29. August verweigert. Von 29.000 Unterschriften, die Schirinowski zur Unterstützung für seine Kandidatur eingereicht habe, waren etwa 5.000 gefälscht. Bereits Ende Mai hatte Schirinowski den Kampf um den Gouverneursposten im Gebiet Belgorod verloren. Die russischen Gouverneure sind zugleich Mitglieder der zweiten Parlamentskammer, des Föderationsrats. Grund für das Bemühen Schirinowskis um Einzug in die Regionenvertretung dürfte die Befürchtung sein, dass seine Partei bei den im Dezember anstehenden Duma-Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr schafft.

„Jugendbrigade" zerschlagen

Eine neofaschistische Gruppe, die nach HJ-Vorbild aufgebaut war und ca. 30 Personen umfaßte, wurde Mitte von August von der ukrainischen Polizei zerschlagen. Die ukrainischen Jungnazis waren unter anderem durch eine Hitler-Geburtstagsfeier aufgefallen. Inhaltlich sahen sie die Ukrainer als „Übermenschen" an und verachteten die starke russische Minderheit

Herbstausflüge der „Deutschen Konservativen“

Herbstzeit ist Reisezeit - auch für die Mitglieder und Förderer des rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“ aus Hamburg, einer Vereinigung, die nach Angaben ihres Vorsitzenden, dem verurteilten Volksverhetzer Joachim Siegerist, lediglich 25 Mitglieder, aber 250.000 „finanzielle Förderer“ habe, die auch aus den Unionsparteien, der „Christlichen Mitte“ (CM), den REPublikanern und dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) kommen. So bot der Verein im August zum vierten Mal eine Reise nach Lettland an, wo Siegerist bei Parlamentswahlen mehrfach versuchte, einen ihm in Deutschland verwehrt gebliebenen Erfolg zu erzielen, im September ist unter der Leitung von Siegerist und dem CDU-Rechtsaußen und Ehrenpräsident der „Deutschen Konservativen“, Heinrich Lummer, eine Reise nach Rumänien, und vom 6. bis 15. Oktober - ganz unspektakulär - an die Mosel vorgesehen.


Siegerist

Siegerists geschäftstüchtiger Verein, der auch schon mit so imposante Angebote wie 25 Schachteln mit „Heimaterde“ aus allen Bundesländern und den ehemaligen deutschen Ostgebieten für 340 Mark überraschte, zeigt auch bei diesen Reisen Sinn fürs Geschäft: 10 Tage Lettland für knapp 2.800 DM, 10 Tage Rumänien fast 2.500 DM, und 10 Tage an der Mosel für stolze 2.645 DM - es muß sich ja schließlich lohnen...

Zugpferd Lummer

Der „Sender Freies Berlin“ hat regionale Konkurrenz bekommen. Mit einer Finanzspritze aus dem Kirch-Imperium ausgestattet (Werbeaufwand: 2,5 Millionen Mark) begann „TV Berlin“ (tvB) Ende August mit der Ausstrahlung seines Programms. Das Motto: „Die Stadt ist Programm“. Man wolle, so Georg Gafron, bei der Präsentation des tvB-Konzeptes kurz vor Ausstrahlungsbeginn bei einer Pressekonferenz in Berlin, besonders junge Menschen ansprechen. Dabei solle die Berichterstattung „politisch, aber nicht ideologisch“ gefärbt sein. Als Zugpferd für dieses Konzept hat man sich einen, wie Gafron betont, „alten Berliner Haudegen“ gesucht: Heinrich Lummer, Ständiger Mitarbeiter der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Der ehemalige Berliner Innensenator soll jeweils montags ein Streitgespräch mit dem Titel „Auf den Punkt Berlin“ moderieren.

Bomben-Bastler verhaftet

Einen mutmaßlichen Rohrbomben-Bastler aus dem rechten Milieu hat die Budapester Polizei verhaftet. Der 42-jährige Pathologen-Gehilfe Geza J. soll die Bomben für die 1997 verübten Anschläge auf mehrere Büros der „Ungarischen Sozialistischen Partei“ (MSZP) und des liberalen „Bundes Freier Demokraten“ (SZDSZ) gebaut haben. In der Vergangenheit hat er Veranstaltungen der rechten Szene besucht. Die Rohrbomben stellte er entsprechend der Anleitung eines einschlägigen Handbuches her.

Rudolf Kleinschmidt

Kampf mit der Schweigespirale

Noelle-Neumann-Ziehsohn in den Fußstapfen seiner Mentorin

Die Wahlanalysen der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ (JF) sorgten an der Universität Mainz für Unmut - hatte doch der Leiter des dortigen Instituts für Publizistik, der ohnehin nicht als politisch linksstehend bekannte Professor Hans Mathias Kepplinger, diesem Blatt für ein Interview zur Verfügung gestanden. Daraufhin protestierte das Studierendenparlament in seltener Einstimmigkeit beim Präsidenten der Universität Mainz gegen diese „gedankenlosen Verharmlosung demokratiefeindlicher Tendenzen“ sowie die „potentielle Schädigung der wissenschaftlichen Reputation des Studienfaches Publizistik“. Eine Reaktion der Universitätsleitung blieb bislang aus - in Mainz scheint die Parole: „Aussitzen!“ zu kursieren.

Gegenüber der Lokalpresse erklärte Kepplinger, daß es auch schon in der Vergangenheit ähnliche Konflikte gegeben habe. Er wies den Vorwurf der Verharmlosung demokratiefeinlicher Tendenzen zurück, aber, so O-Ton Kepplinger: „Wenn mir jemand vernünftige Fragen stellt, gebe ich auch Antworten“ - wem wohl auch immer.

Antworten gab Kepplinger, wissenschaftlicher Ziehsohn der „Volksbeschauerin vom Bodensee“, Elisabeth Noelle-Neumann, an rechter Stelle schon früher gerne - so zum Beispiel im vergangenen Jahr bei einer Podiumsdikussion bei den 13. Medientagen des ultrarechten Vereins „Bürger fragen Journalisten“. In dessen Kuratorium sitzt er ebenso wie der von Ignatz Bubis als „Judenreferent“ der deutschen Medien qualifizierte Professor Michael Wolffsohn oder der mittlerweile emeritierte Würzburger Soziologe Lothar Bossle, dessen Name manigfach im rechtsreaktionären Lager auftaucht und dessen rechtslastiges Institut für Demokratieforschung Mitveranstalter der Medientage war. Podiumsteilnehmer waren neben Kepplinger der einschlägig bekannte, nach rechts mutierte Ex-68er Klaus Rainer Röhl, Rosemarie Kelter vom „Deutschen Frauenring“ oder Thomas Löffelholz von der Springer-„Welt“ - Thema des „Diskurses“: „Die Rechte und die Linke in den deutschen Medien“.

Janine Clausen

Überblick mit Einblick

Kurz, knapp und gut dürfen die zwei neuerschienenen Broschüren von der „Kommission Neofaschismus" der VVN-BdA bezeichnet werden. Auf rund 100 DIN A-5 bieten die AutorInnen mehr Informationen und Analysen, als manch „dickes" Buch.

Das erste Heft setzt sich mit der „Neofaschistischen Ideologie. Gestern und Heute" auseinander, wobei die Wechselwirkungen zwischen der BRD und DDR berücksichtigt werden. Die AutorInnen betonen, dass in der BRD nach 1945 keine konsequente Entnazifizierung stattgefunden hat und die Täter Träger der „neuen" Gesellschaft und der Antikommunismus das neue ideologische „Wir-Gefühl" wurde, war das Fundament für den Neofaschismus bereits früh gelegt. Immer wieder zeigen die AutorInnen die Entwicklung des Neofaschismus von 1945 bis 1998 im Spiegelbild der BRD auf. Ein Beispiel: Das Auffangen der ‚verängstigten Bürger durch die politischen Krisen Anfang der 60er Jahren durch die gerade gegründete NPD.

Wesentlich kürzer stellen die AutorInnen die Entwicklungen des Neofaschismus in der DDR dar. Sie merken an, dass die Selbsteinschätzung als „antifaschistischer Staat", angelehnt an Georgi Dimitroffs Faschismusdefinition, nicht nur allen Opfern des NS nicht gerecht wurde, sondern auch eine Auseinandersetzung mit den rechten Denk- und Verhaltensmuster nur bedingt ermöglichte. So wurden z.B. die „deutschen Sekundärtugenden" zu DDR-Tugenden.

Im Anschluß stellen die Autoren die neofaschistischen Denk- und Verhaltensmuster anhand von ineinandergreifenden Ideologieelementen vor. Sie betonen die Notwendigkeit einer inhaltlichen Auseinandersetzung um Begriffe und Definitionen.

Im dem zweiten Heft „Organisationen des Neofaschismus" liefern die AutorInnen eine Überblick über die wesentlichen Organisationsstrukturen in der BRD und deren Entwicklung in den letzten Jahren. Im Vorfeld wird versucht anhand von Organisationsform, Stellung zum historischen Faschismus etc. vorgebliche und tatsächliche Unterschiede der verschiedenen extrem Rechten Gruppierungen zu treffen. Alle wichtigen extrem rechten Parteien beschreiben sie ebenso wie die verschiedenen Sammlungsbewegungen, die offen terroristisch agierenden Organisationen, sowie die Ideologiezentren und Traditionsverbände. Berücksichtigt wird auch die sogenannte neue Rechte, die sie grob in eine nationalrevolutionär und eine nationalkonservative Strömung unterteilen.



Weiterhin gehen die AutorInnen auf die internationale Zusammenarbeit der Neofa-Szene ein. Abschließend werden die Wahlergebnisse der extrem Rechten aufgelistet.

Die Verhaftung an der „Oberfläche" bedingt die Darstellungsform als „kleines Heft". Vieles könnte hier und da vertieft werden. Muß es aber nicht, denn die Intention der AutorInnen ist einen Einstieg und Überblick zum Neofaschismus zu geben. Mit der Reihe wollen sie einen „Beitrag zur Vertiefung der Diskussion über die Gefahren und Funktion des Neofaschismus" liefern. Hierzu geben sie genügend Informationen und Diskussionsanregungen.

VVN-BdA Kommission Neofaschismus (Hg.): Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland, Heft 1: Organisationen des Neofaschismus, Heft 2: Gestern und Heute/Neofaschistische Ideologie, Hannover 1999, zus. 99 S., je 4 Mark, Bezug: VVN-BdA, Rolandstraße 16, 30161 Hannover.

Lars Kohn

„Reichsgau Sudetenland"

Die Geschichte des „Reichsgau Sudetenland" war bis in jüngste Zeit nicht umfassend erforscht. In zahlreichen Einzeldarstellungen und Sammelbänden zum Nationalsozialismus fand die Politik im „Sudetenland" zwischen 1938 und 1945 zwar Berücksichtigung und auch längere Aufsätze zur Thematik lagen bereits vor, doch fehlte eine systematische Monographie vollkommen. Diese Lücke wurde nun von gleich zwei Autoren auf Grundlage von erstmals ausgewerteten Materialien aus unter anderem deutschen und tschechischen Archiven geschlossen.

Zu Beginn des Jahres erschien einerseits „'Heim ins Reich!' Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland 1938 - 1945" von Ralf Gebel, andererseits legte Volker Zimmermann die Untersuchung „Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938 - 1945)" vor. Nähern sich beide Autoren auch der gleichen Problematik, so sind die Arbeiten doch sehr unterschiedlich angelegt. Während Gebel seine Betrachtungen stark auf die Person des Gauleiters und Führers der „Sudetendeutschen Partei" (SdP) Konrad Henlein zuschneidet, versucht Zimmermann neben der nationalsozialistischen Politik im „Reichsgau Sudetenland" auch besonders die Stimmung und damit die politische und soziale Rolle der Bevölkerung in eben diesem Gebiet darzustellen.

Stärken und Schwächen liegen dabei auf der Hand: Eine biographische Darstellung bleibt zuförderst auf der phänomenologischen und somit verklärenden Ebene, während eine breiter angelegte Betrachtung die politische Dynamik herauszuarbeiten vermag. Besonders beim „Reichsgau Sudetenland" ist dies nötig, weil eben durch eine Darstellung der Politik und Geschichte Henleins nur bedingt zu verstehen ist, warum und mit welcher Begeisterung die überwältigende Mehrheit der „Sudetendeutschen" zunächst massiv henlein-faschistische Ansätze unterstützte und schließlich begeistert nationalsozialistische Politik betrieb. Der 1933 unter Führung von Henlein gegründeten „Sudetendeutschen Heimatfront" (ab 1935: „Sudetendeutsche Partei") gelang es nämlich innerhalb von fünf Jahren, den größten Teil der „deutschen Minderheit" in der Tschechoslowakischen Republik hinter sich zu sammeln, was sich unter anderem auch in Wahlergebnissen (bspw. Kommunalwahl und Reichtagsergänzungswahl 1938), Parteimitgliedschaften (in SdP, DNSAP und NSDAP), Beteiligung an verschiedensten Bewegungen und Aktivitäten zu entsprechenden Anlässen ausdrückte.

Unter diesem Blickwinkel ist die Darstellung von Zimmermann der Gebels vorzuziehen, obgleich sich beide in Bezug auf die reine Faktenlagen teilweise auch sinnvoll ergänzen. Der Vorzug von Zimmermanns Arbeit dürfte allerdings nicht zuletzt auch in einer gewissen Distanz zum „Sudetendeutschtum" zu sehen sein. Denn während Zimmermanns Untersuchung in einer Reihe publiziert wurde, die von der als kritisch anzusehenden „Gemeinsamen Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission" herausgegeben wird, wurde die Untersuchung von Ralf Gebel in eine Reihe des „Collegium Carolinum" aufgenommen - einer historischen Forschungseinrichtung im Umfeld der „Sudetendeutschen Landsmannschaft".

Gebel, Ralf: „Heim ins Reich!" Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland 1938 - 1945, München: R. Oldenbourg Verlag 1999, 425 Seiten, 98,- Mark; Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938 - 1945), Essen: Klartext Verlag 1999, 516 Seiten, 48,- Mark.

Andreas Speit & Janine Clausen

Braune Gefahr

„Welche Bedrohung geht von den Rechtsaußen-Parteien in Deutschland aus? Welche Ziele verfolgen sie, und wie werden diese Ziele von ‚der Straße' angenommen und umgesetzt? Welche Zukunft haben diese Parteien in der Bundesrepublik?". Auf diese und weitere Fragen möchten die AutorInnen von „Braune Gefahr. DVU, NPD, REP - Geschichte und Zukunft" Antworten geben.

Zwar verspricht die Verlagsankündigung zum einen die „seit vielen Jahren umfassendste Analyse des in Parteien organisierten Rechtsextremismus" und zum anderen eine „vergleichende Analyse des Rechtsextremismus in Ost und West". Doch das von Jens Mecklenburg herausgegebene 304 Seiten starke Buch löst das selbstgewählte Versprechen nicht immer ein.

Die ersten Beiträge von Mecklenburg, Fabian Virchow, Claudia Dammann und anderen beschränken sich auf eine kurze allgemeine Deskription der extrem Rechten Parteien DVU, NPD und REP, und deren Machern Frey und Schönhuber. Dabei nehmen die AutorInnen kaum eine Analyse, u. a. der Parteistrukturen und des Personals, vor, so dass die Fakten öfters unkommentiert stehenbleiben. Nicht beschrieben wird der „Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland" (BFB-OfD), obwohl die AutorInnen diesen später als „rechtsextrem" einordnen.

Ralf Ptak stellt zu der „sozialen Frage als Politikfeld der extremen Rechten" sowohl eine umfassende Deskription, als auch eine tiefgehende Analyse vor. Er hinterfragt die wirtschaftspolitischen Aussagen der Parteien und ordnet sie drei Idealtypen - marktradikalen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie - zu.

Ebenso umfassend und tiefgehend bieten Richard Stöss, Benno Hafeneger und Torsten Niebling eine Analyse der Wahlergebnisse der Rechtsextremen von 1990 bis 1998 und der Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl. DVU und REP haben hiernach regionale Schwerpunkte, auf denen sie bei Wahlabsprachen Rücksicht nehmen und die Mehrzahl der Kandidaten sind Männer aller Altersgruppen und kommen vor allem aus Dienstleistungs- und Fertigungsberufen. Die Ausnahme bildet der BFB-OfD, dessen Kandidaten vorwiegend aus leitenden, gut verdienenden, akademischen Angestelltenberufen kommen oder Selbständige sind.

Christoph Butterwegge vertieft die Problematik durch eine Zusammenfassung der Erfahrungen mit „Rechtsextremen im Parlament" und Hafeneger rundet die Thematik mit „Gedanken zum Umgang" ab. Dass die DGB-Mitgliedschaft keine „Barriere gegen Rechts" ist, führt Damman aus, die sich vor allem auf die Studie des WDR 2 zu den Bundestagswahlen 1998 bezieht. Sie zeichnet auch die Reaktionen der Gewerkschaften nach.

Die „rassistischen Alltagserfahrungen" und die „rechtsextremen Milieus" im Osten beschreiben Frank Jansen und Bernd Wagner. Jansen deskribiert den Alltag beispielhaft an den Orten Belzig und Görlsdorf und Wagner analysiert Motivationen, Organisationsformen und Ideologiesegmente. Eine „vergleichende Analyse" zum Westen unter diesen Themenaspekten fehlt jedoch im Sammelband.

Wolfgang Wippermann und Hajo Funke gehen auf den Umgang mit der extremen Rechten ein. Die anderen AutorInnen reißen dies in ihren Beiträgen an. Wippermann betont, dass der Verfassungsschutz und die Extremismusforschung „falsche Perspektiven" haben, erwähnt aber nicht, dass dieser Schutz und diese Forschung die Delegitimierung und Kriminalisierung des Antifaschismus weiter vorantreibt. Nur eine „Renaissance der liberalen und sozialen politischen Kultur" ist ein Schutz gegen rechts, meint Funke und benennt vier Punkte um eine „zivile Kultur" zu entwickeln: 1. „Umkehrung des politischen Klimas – von oben und von unten", 2. „Kultur der Konfrontation mit rechtsextremen Gewalttätern", 3. „Anerkennung der Menschenrechte und fairer Umgang mit Minderheiten" und 4. „Abbau sozialer Autonomie und sozialer Ungerechtigkeit".

Auch wenn der Sammelband nicht immer hält was versprochen wird, die Analysen der Parteien und die Reflexion von Ost und West, so bietet der Beitrag zu den vermeidlich ökonomischen Konzepten und die Beiträge zu den parlamentarischen Momenten der extremen Rechten eine fundierte Analyse, die zur Diskussion einlädt. Die fast unkommentierte Deskription der Parteien dürfte NeueinsteigerInnen in das Thema mit den Fakten alleine lassen.

Die AutorInnen eint mehr oder minder die Hoffnung auf Rot-Grün, das die „Zivilgesellschaft" schafft und sichert. Die „Nationalisierung" der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" und die „Normalisierung" des „Bündnis 90/Die Grünen" unter dem Etikett des „Modernen und Praktischen jenseits von links und rechts" läßt anderes erahnen.

Jens Mecklenburg (Hg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP- Geschichte und Zukunft. Berlin: Elefanten Press 1999, 304 Seiten, 39,90 Mark.